

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 1,80 Mk.  
in voraus zahlbar. Vollbetrag 4,20 Mk.  
einzelständig 60 Pf. Postzeitung und  
72 Pf. Vollbestellgebühren. Zustands-  
abonnements 4.- Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Samstags und Sonntags  
einmal, die Wochenbeilage für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilage „Zeit  
und Welt“ und „Kulturbeilage“, ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Lehrling“, „Blitz in die  
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konsoziation  
50 Pfennig, Restante ein 1.- Reichs-  
mark. „Kleine Anzeigen“ das ein-  
seitige Wort 25 Pfennig (zweimal und  
fortgesetzte Wörter), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Einleitungsgebühr das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Kleinanzeigen  
je 10 Pfennig, Familienanzeigen je 12  
40 Pfennig. Anzeigenannahme unentgelt-  
lich! Einbestellung 3. wochentlich  
von 8 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Köndel 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksbuchkontor: Berlin N 539. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Anhalter-  
und Stammten, Wallstr. 63. Et. 8 u. 10. Tel.-Bet. Teplitzstraße Lindenstr. 2.

# Reaktionäre Oberhäuser.

## Widerstand gegen Sozialgesetze in Frankreich und England.

### Oberhaus gegen Unterhaus.

#### Streitobjekt: Das Arbeitslosgesetz.

London, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Die Anzeichen deuten daraufhin, daß der drohende Ver-  
fassungstreit zwischen Oberhaus und Unterhaus,  
der unter Umständen eine Auflösung des Parlaments und Neu-  
wahlen nötig gemacht hätte, im gegenwärtigen Augenblick vermieden  
werden wird. Man ist sich jedoch bei der Arbeiterpartei klar, daß  
die Frage nur aufgehoben und nicht aufgeschoben ist und der Streit  
bei einer späteren Gelegenheit wiederum ausbrechen wird.

Am Dienstag vormittag gab MacDonald in der Fraktion der  
Arbeiterpartei eine Darlegung der durch den Änderungsantrag  
des Oberhauses geschaffenen Lage. MacDonald betonte, daß drei  
Wege offenständen: eine Annahme des Änderungsantrages des  
Oberhauses, eine Aufrechterhaltung des Gesetzesentwurfes in seiner  
ursprünglichen Form und damit Verzicht auf dieses  
Gesetz sowie die Annahme des Änderungsantrages des Ober-  
hauses in einer veränderten Form. Da die unveränderte Annahme  
der Vor schläge des Oberhauses eine Kapitulation der Regierung  
bedeuten würde, das Beharren auf dem ursprünglichen Gesetzestext  
jedoch zu einer sofortigen politischen Krise führen würde, hat die  
Regierung den dritten Weg und damit ein Kompromiß gewählt.  
Dieses Kompromiß sieht im Gegensatz zu dem ursprünglichen Text  
des Entwurfes eine zeitliche Behandlung der Gesetzgebung  
der Arbeitslosenversicherungsbill vor, sehr hoch  
an Stelle der vom Oberhaus vorgeschlagenen einjährigen Dauer  
eine dreijährige Gültigkeit des Gesetzes. Die Fraktion der Ar-  
beiterpartei war durch den Vorschlag MacDonalds in einige Ver-  
legenheit versetzt worden, da eine starke Minderheit die Neu-  
nahmen im Zeichen des jederzeit populären Kampfes gegen das  
Oberhaus begrüßt hätte. Die Bedenken gegen Neunahmen erwiesen  
sich jedoch aus finanziellen und politischen Gründen, insbesondere  
infolge der in London tagenden Plattenkonferenz, als ausschlag-  
gebend; die Fraktion gab daher dem Kompromißvorschlag der Re-  
gierung ihre Zustimmung.

Da das Kompromiß einen Sieg des Oberhauses nach der grund-  
sätzlichen Richtung hin darstellt, auf der anderen Seite die Gesetz-  
gebung des Entwurfes der Regierung in seiner sachlich un-  
veränderten Form sichert, wird die drohende Krise in London  
als überwunden betrachtet. Die weitere parlamentarische  
Erledigung des Entwurfes wird nunmehr auf folgende Weise vor-  
sich gehen: Die Regierung hat dem Unterhaus am Dienstag abend  
den Änderungsantrag des Oberhauses in seiner veränderten  
Form zugestellt, worauf das Oberhaus über das Gesetz in seiner  
veränderten Fassung zu entscheiden haben wird. Das Kompromiß  
der Regierung wird in konservativen Kreisen als ungenügend be-

trachtet, jedoch wird mit seiner Annahme durch die Lords gerechnet,  
nachdem die Regierung keinerlei Zweifel darüber gelassen hat, daß  
sie ihren Vorschlag als die Grenze ihres Entgegenkommens  
betrachtet.

### Lardieus Schwierigkeiten.

#### Das Sozialgesetz vom Senatsausschuß abgelehnt.

Paris, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Außenminister Briand und Kolonialminister Pétrot sind am  
Dienstagmittag nach London zurückgekehrt, Minister-  
präsident Lardieu nach London nach London reisen.

Das innenpolitische Intermezzo, das die führenden Minister des  
Kabinetts nach Paris geführt hat, um die verjäherte parlamentarische  
Korre wieder etwas flüssig zu machen, scheint also nach außen hin be-  
endet zu sein. In Wirklichkeit aber dauert die Krise fort.  
Wenn auch ihr Ausbruch mit Rücksicht auf die schwebenden inter-  
nationalen Verhandlungen noch einige Zeit auf sich warten lassen  
wird, so zeigen zwei Vorfälle des Dienstag, in denen die Regierung  
eine schwere Prestigeinbuße erlitten hat, daß sich die Lage sehr  
zuspitzt hat.

In der Senatskommission für die Behandlung des Sozial-  
versicherungsgesetzes, das sich langsam zu einem Bruchstein  
der Widerstandsfähigkeit der Regierung entwickelt hat, wurde am  
Dienstag der von der Regierung vorgeschlagene Gesetzesentwurf  
abgelehnt. Die Kommission beschloß, die Frage vor das Senats-  
plenum zu bringen und von diesem entscheiden zu lassen.

Außerdem kam es am Dienstag zu einem offenen Konflikt zwischen  
Lardieu und der Fraktion der radikalen Linken, die mit ihren  
54 Stimmen bisher eine ausschlaggebende Rolle zwischen Majorität  
und Opposition gespielt hat. Lardieu hatte für Dienstag nachmittag  
die Fraktionsvorsitzende der Majoritätsparteien zu einer Konferenz  
eingeladen. Sämtliche Parteien der Rechten und des Zentrums sind  
seiner Einladung gefolgt, nicht aber die radikalen Linken, deren Prä-  
sident, der Abgeordnete Daniélou, einen Brief an Lardieu richtete,  
in dem er die Einladung mit der Begründung ablehnte, daß die  
radikale Linke als solche den Majoritätsparteien nicht angehöre und  
es ihren Mitgliedern nie bisher weiterhin freistelle, von Fall  
zu Fall für oder gegen die Regierung zu stimmen. Später kam  
es in den Wandelgängen der Kammer zu einer erregten Aus-  
einandersetzung zwischen Lardieu und Daniélou, in welcher der  
letztere auf seinem Standpunkt beharrte und der Konferenz  
tatsächlich fernblieb. Der negativen Haltung der radikalen  
Linken wird in parlamentarischen Kreisen um so größere Bedeutung  
beigemessen, als die Gruppe durch nicht weniger als drei Minister,  
darunter Arbeitsminister Boucheur, und drei Unterstaatssekretäre im  
Kabinett vertreten ist.

### Diskontermäßigung.

#### Das Reich erhält größeren Anteil an den Bankgewinnen.

Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz für Handelswechsel von  
6% auf 5 Prozent ermäßigt. Der Zinssatz für Lombarddarlehen  
wurde von 7% auf 7 Prozent herabgesetzt.

Das Bankgesetz erhielt nach den Vorschlägen der Regierung,  
wie Reichsbankpräsident Dr. Schaaf gestern der Presse mitteilte,  
eine Änderung, die den Anteil des Reiches an den Gewinnen der  
Reichsbank bedeutend erhöht. Die Anteilseigner der Reichsbank  
erhalten eine hohe Kapitalabfindung für die Abfindung ihrer  
vormals Gewinnsanteile.

Vergleiche darüber im einzelnen die Ausführungen im Wirt-  
schaftsteil dieses Blattes.

### Das Republiksschutzgesetz.

#### Ausschußberatung schreitet vorwärts.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags hat gestern die  
zweite Lesung des Republiksschutzgesetzes bis zum  
§ 11 durchgeführt. Die Paragraphen 1 bis 5 wurden unverändert  
angenommen, § 6 in folgender Fassung:

„Wer Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben  
dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffent-  
lich oder in einer Versammlung

1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform  
des Reiches oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit  
Ueberlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er  
den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer  
Landesregierung beschimpft oder verleumdete;

2. die Reichs- oder Landesfarben beschimpft oder böswillig und  
mit Ueberlegung herabzusetzen sucht;

3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes  
Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung in Be-  
ziehung auf ihr Amt beschimpft oder verleumdete;

4. zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen  
Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der in § 4 Abs. 1 bezeichneten  
Art auffordert, oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie be-  
gangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Straf-  
gesetzbuches), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republi-  
kanische Staatsform des Reiches oder eines Landes begangen  
worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich bewilligt.“

Der zweite Absatz des § 6 wurde unverändert angenommen.  
Ebenso wurden die §§ 7 bis 11 unverändert angenommen.

Zu den §§ 9 bis 11 erklärten die Abgg. H a n z m a n n (Dnat.)  
und Dr. C o e r l i n g (Dnat.), daß diese Paragraphen verfassungs-  
ändernd seien. Die Annahme der betreffenden Paragraphen geschah  
übrigens mit einem Stimmenverhältnis von 16:6. — Weiter-  
beratung Mittwoch.

### Stillstand der Saarverhandlungen?

#### Die Franzosen wollen nicht aktiv werden.

Paris, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Der Führer der französischen Delegation bei den deutsch-  
französischen Saarverhandlungen, der Minister der öffent-  
lichen Arbeiten, V e r n o t, erklärte am Dienstag Vertretern der  
französischen Presse, daß vorläufig keine gemeinsame Kommissions-  
sitzung der Unterhändler stattfinden würde. Die französische De-  
legation sei noch mit der Präzisierung des deutschen Memoran-  
dums beschäftigt, das die französischen Ansprüche darstellt,  
nicht befriedige. Frankreich gebe nicht vor der Hand eine neue  
Initiative zu ergreifen, da es den Deutschen, von denen die An-  
regung zu den Verhandlungen ausging, obliegt, Vorschläge zu  
machen. Falls keine Einigung zu erzielen wäre, so könne die Ver-  
antwortung nur die deutsche Delegation treffen.

### Der Vertrag mit Polen.

#### Der erste Schritt zur deutsch-polnischen Verständigung.

Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und  
Polen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen sind  
jetzt abgeschlossen. Der Vertrag ist bereits dem Reichsrat zu-  
geleitet worden, der noch heute in einer Vollsitzung über den  
Young-Plan wie auch über das damit eng verbundene Polen-  
abkommen Beschluß fassen wird.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen geht auf  
die seit mehr als drei Jahren geführten Verhandlungen  
zwischen den beiden Staaten zurück. Sein Abschluß wurde  
im Rahmen der gesamten Reparationspolitik notwendig. Der  
Sachverständigenplan beruht auf dem Gedanken, daß ein  
Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden  
soll. Die vereinbarte Reparationsleistung soll den Gläubigern  
ungekürzt durch deutsche Liquidationsansprüche zugute  
kommen. Andererseits sollten auch die Gläubigerregierungen  
keine Ansprüche mehr an Deutschland stellen. So stellt auch  
das Abkommen mit Polen einen Teil der Gesamliquidation  
des Weltkrieges dar.

Im wesentlichen sind mit dem Abkommen drei sehr  
schwierige Probleme, die eine ständige Quelle des Unfriedens  
zwischen den beiden Ländern darstellten, gelöst worden. Es  
handelt sich bei dem Abkommen einmal um die Ein-  
stellung der Liquidationen deutschen Eigentums  
in Polen, ferner um den Verzicht Polens auf das staatliche  
Rückkaufsrecht der früheren preußischen Siedlungs-  
güter und schließlich um die Streichung der gegenseitigen  
finanziellen Ansprüche auf Grund des Friedensvertrages von  
Versailles.

Der polnische Staat hatte durch den Versailler Vertrag  
das Recht erhalten, reichsdeutsche Grundbesitzer  
gegen Entschädigung zu enteignen. Da in den abgetrennten  
deutschen Ostgebieten ein großer Teil der Bevölkerung nicht  
für Polen ovierte, sondern die deutsche Staatsangehörigkeit  
beibehielt, führte die polnische Enteignungspolitik zu einer  
starken Entdeutschung in den abgetrennten Provinzen  
Westpreußen und Polen. Die vom polnischen Staate ge-  
zahlten Entschädigungen für die Besitzenteignungen ent-  
sprach dem tatsächlichen Wert des konfiszieren Besi-  
seses auch nicht annähernd, da die Güter bei den  
Zwangsversteigerungen wahllos verschleudert wurden. Es  
ist daher ein großer Fortschritt, wenn Polen künftig  
auf alle weiteren Liquidationen verzichtet.  
Da dieser Verzicht mit rückwirkender Kraft zum 1. Sep-  
tember 1929 geleistet ist, werden auch die zahlreichen  
Liquidationen, die noch im Laufe des September und Ok-  
tober durchgeführt wurden, hinsichtlich hier ist zwar die  
Klausel eingefügt, daß das Abkommen nur in den Fällen  
rückwirkende Kraft hat, wo der alte Eigentümer noch nicht  
ermittelt war, doch ist dieser Klausel keine Bedeutung bei-  
zumessen, da seit diesen Monaten keine Ermittlung von polni-  
scher Seite mehr stattgefunden hat.

Das wichtigste Ergebnis des ganzen Vertrages ist der  
Verzicht der polnischen Regierung auf das Wiederkaufs-  
recht bei den früheren preußischen Ansiedlungsgütern.  
Dieser Punkt des Vertrages ist für die in den abgetrennten  
Gebieten lebende deutschstämmige Bauernbevölkerung  
polnischer Staatsangehörigkeit lebenswichtig.  
Das Wiederkaufsrecht ruht auf alten Verträgen der früheren  
königlich preußischen Ansiedlungskommission, die der polnische  
Staat nach der neuen Grenzziehung übernommen hat. Dieses  
Rückkaufsrecht trat jeweils beim Tode des Besitzers in Kraft.  
Da bei den noch vorhandenen zwölftausend Renten-  
gütern 70 Proz. der Besitzer als überaltert anzusehen sind,  
hing das Wiederkaufsrecht des polnischen Staates seit Jahren  
wie ein Damoklesschwert über der deutschen Bauernschaft. Die  
bisher bestehende Unsicherheit über das künftige Schicksal von  
80 000 Menschen ist nunmehr beseitigt.

Sollte nunmehr, außerhalb der zugelassenen wenigen  
Ausnahmen — Verbrechen, Mißwirtschaft — eine polnische  
Regierung ihr Rückkaufsrecht wieder ausüben wollen, so  
müßte sie Verträge brechen und sich über Entscheidungen  
internationaler Schiedsinstanzen hinwegsetzen. So ist die  
Erhaltung des bäuerlichen Deutschtums in den abgetrennten  
Gebieten durch neues Minderheitenrecht gesichert.

Bei dem im Vertrage vorgesehenen Verzicht auf  
gegenseitige finanzielle Ansprüche handelt es sich ausschließ-  
lich um private Forderungen deutscher und polnischer  
Staatsangehöriger. Von deutscher Seite liegen hier Forde-  
rungen in Höhe von rund 540 Millionen Mark vor. Diese  
Forderungen beruhen zum Teil auf widerrechtlicher Ent-  
eignung und ferner auf einer Minderbewertung bei der  
Liquidationsentschädigung. Um diese Forderungen hat sich  
seit fünf Jahren vor dem deutsch-polnischen Schiedsgericht ein  
Kaltenkriegswort von Prozessen entwickelt, von denen trotz der  
Tausende von Fällen noch kein einziger entschieden worden  
ist. Da die in diesen Prozessen erhobenen Ansprüche zum  
Teil sehr übertrieben waren, wären nur etwa 280 Millionen  
Mark als durchsetzbar anzusehen. Auf der Gegenseite stehen  
etwa 830 Millionen Mark polnischer Privatforderungen aus  
der Kriegs- und Besatzungszeit, die allerdings so überspannt  
sind, daß höchstens 80 bis 100 Millionen Mark für durchsetz-  
bar gehalten werden können. Aus dem deutsch-nationalen

Bhantastiegebilde von 2 1/2 Milliarden Mark wird also im Endeffekt eine Summe von 150 bis 200 Millionen Mark, auf die Deutschland zugunsten Polens verachtet. So bedenklich dieser Verzicht bei der schwierigen Finanzlage des Reiches ist, so stehen der Regierung die Erhaltung alteingesessener deutscher Volksteile in Polen doch höher als die in diesem Vertragspunkte preisgegebenen finanziellen Interessen.

Für die Beurteilung des Polenvertrages entscheidend ist, daß endlich eine Quelle ewigen Unfriedens zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Nachbarländern verstopft und für den deutsch-polnischen Handelsverkehr freie Bahn geschaffen wird. Das Liquidationsabkommen ist eine notwendige Voraussetzung für die Beendigung des bald fünfjährigen jermürbenden deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges, unter dessen Folgen ganz besonders schwer die werktätige Bevölkerung an den Grenzen hüben und drüben gelitten hat.

## Die Stuttgarter Krankheit.

### Verwirrung bei den Bazille-Demokraten.

Stuttgart, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Der erste Vorsitzende der demokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages, Oberbürgermeister Scheef-Lüdingen, hat die Leitung der Fraktion niedergelegt. Dieser Schritt ist schon vor einigen Tagen erfolgt, ohne daß die Fraktion sich bisher mit der dadurch geschaffenen und für sie sehr peinlichen Lage beschäftigt hat.

Ein zweiter Beweis für den tiefen Nix, der durch die Fraktion geht, ist die Tatsache, daß der frühere Staatspräsident und frühere Kultusminister Dr. Hleber es abgelehnt hat, sich an den seit etwa zehn Tagen im Staatsministerium stattfindenden Beratungen über die Sozialischen Entwürfe eines Landeshaushaltsgesetzes und einer Reform der Lehrerbildung zu beteiligen.

## Steuerpolitik des Bürgerblocks.

### Die Lage der Mecklenburger Finanzen.

Schwerin, 4. Februar. (Eigenbericht.)

In der Dienstags-Sitzung des Mecklenburg-Schwerinschen Landtages erklärte Finanzminister Haack, daß die Regierung sich mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit Mecklenburg-Schwerins einsetzen werde. Die Lage der Finanzen sei zwar nicht rosig, aber auch nicht hoffnungslos. Die Regierung sehe sich nicht in der Lage, eine Senkung der Steuern vorzunehmen. Steuererhöhungen halte sie angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage jedoch ebenfalls für unmöglich. Der Minister kritisierte schließlich die Reichsfinanzpolitik und erklärte, daß sie zum Bankrott der Länder führen müsse.

Der sozialdemokratische Sprecher, der frühere Finanzminister Ksch, übte scharfe Kritik an der Finanzpolitik der Reichsregierung, wobei er unterstrich, daß das Rechtsministerium und die hinter ihm stehenden Parteien die im Wahlkampf versprochene Senkung der Steuern nicht durchgeführt habe. Man habe der früheren Ansbach-Regierung Steuerabschüsse vorgeworfen, jetzt erhebe aber die Rechtsregierung die gleichen Steuern. Die sozialdemokratische Fraktion wende sich vor allem gegen die Drosselung der sozialen Ansätze. Die Mittel für die Siedlungs- und den Bau von Landarbeiterwohnungen seien besonders stark zusammengestrichen worden. Die Regierung tue nichts für die Befestigung der großen Arbeitslosigkeit.

## Die Freunde der Bombenmänner.

### Stahlhelm sympathisiert mit ihnen.

Ithoe, 4. Februar. (Eigenbericht.)

In Lunden (Hollstein) versuchten Stahlhelm- und Landbundanhänger eine öffentliche Demonstration für den aus Moabit entlassenen Bombenattentäter Wiborg zu inszenieren. Die Polizei zerstreute den geschlossenen Aufmarsch des Stahlhelms und verhinderte auch die Ansprache eines Landvolkführers.

Die im Zusammenhang mit den Bombenattentaten vom Landvolk veranstalteten öffentlichen Geldsammlungen für die Attentäter sind von den Behörden verboten worden.

## Sakentreu-Reklamebedürfnis.

### Herr Fabricius will berühmt werden.

Gegen den Regierungsrat Dr. Fabricius, der es mit seiner nationalsozialistischen Ueberzeugung für vereinbar hält, sich von der Republik bezahlen zu lassen, schwebt ein Disziplinarverfahren wegen seines Verhalten zur Zeit des Hugenberg-Begehrens. Wir haben seinerzeit geschildert, wie Herr Fabricius den Aufruf „Strefemanns Vermächtnis“ vom schwarzen Brett des Landesfinanzamts Brandenburg abgerissen hat.

Herr Fabricius schickte uns eine Berichtigung auf Grund des § 11 des Pressegesetzes. Wir haben diese Berichtigung in den Papierkorb geworfen, weil sie den Anforderungen des Pressegesetzes nicht entspricht. Herr Fabricius stellte Strafandrohung, das Verfahren wurde eingestellt. Herr Fabricius schickte uns eine zweite Zuschrift, die mit lämmelhaften Anwürfen begann. Wir haben sie in den Papierkorb geworfen. Herr Fabricius stellte Strafandrohung wegen Nachdrucks einer Berichtigung; das Verfahren wurde eingestellt. Herr Fabricius verfaßte eine dritte Berichtigung, und wir stellen fest, daß der keine Kursus in Presserecht, den er durchgemacht hat, etwas geirrt hat. Beim dritten Mal ist er den Anforderungen des Pressegesetzes schon näher gekommen.

Aber was hat Herr Fabricius zu berichtigen? Hier ist es: „Den am schwarzen Brett des Landesfinanzamtes Brandenburg angehängten Aufruf „Strefemanns Vermächtnis“ habe ich am 22. Oktober 1920 nicht „abgerissen“, sondern durch Abheben der Klebmasse entfernt.“

Unrichtig ist, daß ich der Aufforderung des Landesfinanzamtspräsidenten, das Plakat wieder anzubringen, „zunächst keine Folge geleistet“. Später aber, als mir das Unzulässige meiner Handlungsweise klargemacht worden sei und ich gefürchtet hätte, zur Rechenschaft gezogen zu werden, es „selbst“ wieder angebracht hätte. Ich habe vielmehr wenige Minuten nach Empfang der Anordnung des Präsidenten das Plakat dem Portier des Hauses mit den Worten übergeben, der Präsident wünsche die Wiederanbringung, ich würde das Plakat nicht wieder anbringen, er möge tun, was er für richtig halte. Der Portier hat darauf das Plakat wieder angebracht.

Unrichtig ist, daß ich „von der Flagge der Republik nicht anders als von Schwarzrotgold“ spreche.“

Hier ist ein Beamter der Republik, der sich zu einer patriotischen Botschaft bekemmt, und der seinen Hauptberuf darin zu erblicken scheint, im Amt politische Opposition zu machen und außerhalb des Amtes Reklame für seine wertige sakentreuere Person. Wir hoffen, daß das Disziplinargericht diesen Mann aus dem Staatsdienst entfernt!

# Gegen die Feinde der Republik.

## Keine Bestätigung von staatsfeindlichen Kommunalbeamten!

Der preussische Minister des Innern hat soeben über die Bestätigung von Kommunalbeamten, die staatsfeindlichen Parteien oder Organisationen angehören, an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte folgenden Erlass herausgegeben:

I. Für die Bestätigung von Anhängern der kommunistischen oder nationalsozialistischen Partei als Kommunalbeamten werden unter Aufhebung früherer Erlasse und mündlicher Anweisungen die folgenden Richtlinien aufgestellt:

1. Die Bestätigung als leitende Beamte (Behördenleiter) und als ständige Vertreter von Behördenleitern ist ausnahmslos zu verjagen. Angehörige der genannten Parteien sind also insbesondere nicht zu bestätigen als Bürgermeister (Oberbürgermeister), Beigeordnete (zweiter Bürgermeister) der Magistratsverfassung, Erste Beigeordnete der Bürgermeisterverfassung, Kreisdeputierte, Amtsvorsteher und deren Stellvertreter und Gemeindevorsteher.

2. Die Bestätigung für allen übrigen besoldeten oder unbesoldeten kommunalen Aemtern ist nur dann zu erteilen, wenn im Einzelfall der zu Bestätigende sich zu einer pflichtgemäßen Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteistrukturen durch eine positive Erklärung verpflichtet und seine Persönlichkeit die Gewähr dafür bietet, daß die Verpflichtung ernstlich gemeint ist und eingehalten wird.

II. Bei der Bestätigung von Angehörigen anderer staatsfeindlichen Organisationen als Kommunalbeamten gilt das unter I. 2. Gesagte.

Falls im Einzelfall die zur Verjagung der Bestätigung erforderliche Zustimmung der Besatzungsbehörde verjagt wird, ist das jeweils gegebene Rechtsmittel gegen die Verjagung der Zustimmung einzulegen.

Der preussische Innenminister hat ferner folgenden Rund-erlass an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte gerichtet:

1. Personen, deren Beteiligung am Volksbegehren sich auf die bloße Eintragung in die Listen für das Volksbegehren beschränkt hat, sind zu bestätigen.

2. Personen, die sich an der Agitation für das Volksbegehren beteiligt haben, ohne daß dies in einer die Politik der Reichsregierung in gehäffiger oder beleidigender Form herabsetzenden Art und Weise geschehen ist, sind ebenfalls zu bestätigen.

3. Bei Personen, die sich an der Agitation für das Volksbegehren in einer die Politik der Reichsregierung gehäffig oder beleidigend herabsetzenden Art und Weise beteiligt haben, ist zu unterscheiden, ob sie zur Zeit des Volksbegehrens bereits Beamte waren oder nicht.

a) Wiedergewählten oder anderen Personen, die zur Zeit des Volksbegehrens bereits Beamte waren, ist die Bestätigung zu verjagen, es sei denn, daß im Einzelfall besondere Umstände eine mildere Beurteilung rechtfertigen.

b) Neugewählten, also Personen, die zur Zeit des Volksbegehrens noch nicht Beamte waren und daher damals nicht gegen besondere Beamtenpflichten verstossen konnten, ist die Bestätigung zu verjagen, wenn entweder ihre Agitation für das Volksbegehren eine derartige war, daß sie sich damit für die Stellung eines Beamten unmöglich gemacht haben, oder nach ihrer ganzen Persönlichkeit anzunehmen ist, daß sie als Beamte in einem zukünftigen ähnlichen Fall in gleicher Weise ohne Rücksicht auf ihre Beamtenpflichten handeln würden.

Beide Erlasse sind überaus begrüßenswerte Schritte zum Schutz der Republik.

# Faschistengeld für Hitlerputsch.

## Hitler und Südtirol. — Hat er Faschistengeld erhalten?

München, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Vor der Münchener Strafkammer wird augenblicklich in zweiter Instanz der Verleumdungsprozeß Hitlers gegen den völkischen Herrn v. Gräfe-Goldbeck, die Münchener Redakteure Osterhuber vom „Bayerischen Kurier“, Zerlach von der „Münchener Post“ und Döhl und Wimmer von der Münchener SPD-Letung verhandelt.

Herr v. Gräfe, damals noch Reichstagsabgeordneter der deutschvölkischen Konkurrenzfirma Hitlers, schrieb in seinem Organ, dem „Deutschen Tagblatt“ unter dem 8. Mai 1928, also kurz vor den Reichstagswahlen, von „der schmachvollen Preisgabe Südtirols“ durch Hitler, in seinem Mussolini-Kausch, der ihn immer mehr in leibliche und materielle Abhängigkeit von dem vergötterten Duce führt. Dieser Artikel griff der „Bayerische Kurier“ auf und untertrieb in einem eigenen Kommentar die aufsaufende Tatsache, daß der Igit so rebelle Hitler auf die schweren Vorwürfe einfach schwieg. Am Wahlsonntag brachte die SPD in München ein großes Wahlplakat heraus mit der Schlagzeile „Adolf Hitler enlarat“, in dem u. a. gesagt wird, daß ein italienischer Attaché, ein Beauftragter Mussolinis, seit 1923 ständiger Begleiter Hitlers sei; daß sich der Münchener Stempel von 1923 unter der Kontrolle Mussolinis abspiegle und die Nationalsozialistischen Südtirol verraten haben, um ihre Wahlpropaganda mit Lire bezahlt zu bekommen. Schließlich habe die „Münchener Post“ den Inhalt dieses Plakates in ihrer ersten Nummer nach den Wahlen noch einmal veröffentlicht.

Das erstinstanzliche Gericht verurteilte v. Gräfe und die beiden Redakteure zu je 1000 M., die zwei anderen Angeklagten zu je 800 M. Geldstrafe. Hitler, gegen den Widerlage erhoben war, wurde damals freigesprochen.

Ein Teil der Angeklagten erbot sich, in den neuen Verhand-

lung für die Behauptung, der Nationalsozialistischen Partei seien italienische Zuschüsse geleistet worden, den Wahrheitsbeweis zu führen.

Rechtsanwalt Dr. Hirschberg stellte unter Beweis, daß im Herbst 1923 drei Wochen vor dem Hitler-Putsch der italienische Hauptmann Migliorati als Abgesandter des italienischen Faschismus nach München gekommen sei. Am 16. Oktober habe eine Zusammenkunft mit Herrn von Rahr und mit Polizeioberst von Seifer stattgefunden.

wobei Migliorati Italiens Unterstützung des geplanten Unternehmens angeboten habe unter der Bedingung, daß in der Südtiroler Frage Konzessionen gemacht werden.

Migliorati habe dann eine Zusammenkunft mit Hitler gehabt, wobei er das Angebot italienischer Unterstützung wiederholt habe unter der Bedingung, daß das Eintreten für die Deutschen in Südtirol aufgegeben werde. Diese Bedingung sei angenommen worden. Migliorati habe sodann eine Nachrichtenstelle im Büro der Orgesch errichtet und dem Oberleutnant a. d. Dienst Dolarschwankeisen im Gegenwert von 10 000 Goldmark übergeben. Der Betrag sei vor allem zur Finanzierung der Hitler-Sturmtruppen verwendet worden. In der Folgezeit habe Migliorati der Nachrichtenstelle Rönig nachmals 50 000 M. zugewandt, das Geld sei vor allem zum Ankauf von Uniformen für die Sturmtruppen und zur Zahlung der Löhne für die Bewaffneten verwendet worden. Nach dem Putsch sei Migliorati aus München verschwunden.

Der Vertreter Hitlers erklärte, wenn der Beweisantrag des Rechtsanwalts Hirschberg angenommen werde, müßte auch Antrag auf Vernehmung der Herren von Seifer, von Rahr, von König und General von Soffow beantragt werden.

## Einigung über das Berggesetz.

### Liberalen wollen Mehrheit sichern.

London, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen zwischen dem Handelsminister Graham und den Liberalen, die auf eine Sicherung der parlamentarischen Mehrheit für die Bergbau-Gesetzgebung abzielten, sind zum Abschluß gekommen.

Die Regierung hat jenen Teil des Gesetzes, der von den Zusammenschlußverbindungen in der Industrie handelt, weitgehenden liberalen Wünschen entsprechend abgefaßt und dafür von den Liberalen bindende Zusagen hinsichtlich des ersten Teiles des Gesetzes erhalten. Damit sind die parlamentarischen Schwierigkeiten für das Gesetz im wesentlichen aus dem Wege geräumt und die Regierung ist in der Lage, der drohenden konservativen Obstruktion, die am Dienstagabend im Unterhaus bereits deutlich zu erkennen war, durch die Anwendung der sogenannten Guiltine wirksam entgegenzutreten.

Die von der Regierung den Liberalen gemachten Konzessionen wurden in der Fraktions-Sitzung der Arbeiterpartei am Dienstag von den Bergarbeitern fast kritisiert. Handelsminister Graham vermaßte jedoch einen großen Teil der Befürchtungen durch den Hinweis zu zerstreuen, daß die geplanten Verkaufsorganisationen und die auf das engste damit zusammenhängende halbständige Verminderung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau durch die Besprechungen mit den Liberalen praktisch gesichert worden seien.

## Schrittweise zur Verfassung.

### Derenguer ist nichts als General.

Madrid, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Der spanische Ministerpräsident General Berenguer erklärte am Dienstag dem Vertreter des Pariser „Antirassigeant“, das Programm der neuen spanischen Regierung lasse sich in ein Wort zusammenfassen; konstitutionelles Regime. Der Übergang von der Diktatur zum parlamentarischen Regime könne jedoch nur schrittweise, nach Zurücklegung verschiedener Etappen, erreicht werden.

Auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung habe die Regierung

die Absicht, die paritätischen Kommissionen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiten, vorderhand weiterbestehen zu lassen. Was die Neuwahlen betreffe, so sei der Termin noch nicht festgestellt worden. Die Regierung werde sich hüten, die Ereignisse zu überstürzen.

Ueber die Intentionen des Exdiktators Primo de Rivera befragt, der vor einigen Tagen in einer Erklärung an die Presse behauptet hat, er könne auf mindestens 500 000 ihm treu ergebene Mannen, die in der spanischen Patriotenliga zusammengeschlossen seien, rechnen, zeigte sich General Berenguer äußerst skeptisch. Er erklärte, die Erklärungen Primos müßten wohl richtig sein, da Primo de Rivera sein Freund sei. Er begleierte seine Worte aber mit einem sehr skeptischen Lächeln und zeigte sich offenbar bemüht, das heikle Thema zu vermeiden. Schließlich erklärte Berenguer, er sei nicht Politiker schlechthin. Er gehöre weder der konservativen, noch der liberalen Partei an: „Ich bin General, und das ist alles.“

## Bucharins Nachfolger.

### Der Putschtreiber als Präsident der Komintern.

Kowno, 4. Februar.

Wie aus Kowno gemeldet wird, hat das Präsidium des Zentralkomitees der kommunistischen Partei beschloffen, den ersten Gehilfen Stalins, Molotow, zum Präsidenten der kommunistischen Internationale vorzuschlagen. Seine Wahl durch den bevorstehenden Kongreß der Komintern wird als gesichert angesehen.

Molotow gehört zu den fanatischsten Vertretern der Anschauung, daß in Deutschland eine „unmittelbare revolutionäre Situation“ bestehe. Er wird kräftig auf die KPD drücken, damit sie den Beweis dafür liefert.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag die zweite Lesung des Gehentwurfs über die Bergmannsleistung vor.

Der Beamtenauschuß des Reichstags führte am Dienstag die zweite Lesung der Ausführungsbestimmungen zur Befolungsordnung zu Ende. Der Ausschuß beschloß, auch noch eine dritte Lesung der Befolungsanordnungen vorzunehmen. Inzwischen soll die Regierung zu den Beschlüssen der zweiten Lesung Stellung nehmen und dem Ausschuß mitteilen, inwieweit sie bereit ist, diesen Beschlüssen Rechnung zu tragen.

# Juristischer Unfug.

## Nichtverbot der Abtreibung durch den Ehemann gleich Anstiftung?

**Tatbestand:** Die Frau des Telegraphenarbeiters Karl G. in M... lebte im Sommer 1929 guter Hoffnung und ging auf Anraten einer Freundin zu einer weißen Frau, der Witwe Anna H. in M... das erstmal ohne Erfolg, das zweitemal mit dem traurigen Ausgang, daß sie sich niederlegen mußte und starb. Die Freundin, die ihr die Adresse der weißen Frau vermittelt hatte, nahm sich aus Kummer das Leben. Die Witwe Anna H. wurde im Dezember 1929 wegen Abtreibung in Tateinheit mit fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Damit hätte diese Frauentragedie erledigt sein können. Würde die Justiz wollte es anders: Sie stellte auch den Ehemann der Verstorbenen, den Telegraphenarbeiter Karl G., wegen Anstiftung zur Abtreibung unter Anklage. Die Verhandlung ergab im Sinne einer Anstiftung gemäß § 48 des Strafgesetzbuchs nicht das mindeste. Im Gegenteil, das Urteil stellte fest, daß der Angeklagte seiner Ehefrau, als sie das erstmal die Abtreiberin aufsuchte, angeraten hatte, „sie sollte es lieber bleiben lassen“. Das zweitemal hatte er ihr erklärt: „Wenn sie es durchaus wolle, könne er auch nichts daran ändern.“ Damit wollte, wie das Urteil feststellt, der Angeklagte ausdrücken, daß er zur Arbeit gehen müsse, also nicht die Möglichkeit habe, seine Frau an ihrem Vorhaben zu verhindern.

Trotzdem gelangt das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen Anstiftung zur Abtreibung! Es erklärt, daß der Angeklagte

keine besonderen Anstrengungen gemacht habe,

seiner Frau die Abtreibung zu verbieten. Daraus folge, daß er die Abtreibung durchaus gebilligt (!) habe. Für den Angeklagten aber habe eine Rechtspflicht bestanden, seine Frau von der Abtreibung der von ihm erzeugten Frucht abzuhalten. Er sei auch zur Erfüllung dieser Rechtspflicht in der Lage gewesen, „da bei seiner allgemein als sanft und fügsam bekannten Frau ein energisches Verbot genügt haben würde, sie von der Tat abzuhalten“. Dem Angeklagten sei auch „ohne Zweifel“ bekannt gewesen, daß Abtreibungen nicht selten zum Tode führen.

Es sei daher auch dieser Erfolg von ihm vorauszusehen gewesen.

weswegen er nicht nur wegen Anstiftung zur Abtreibung, sondern auch in Tateinheit damit wegen fahrlässiger Tötung in Folge schuldhafter Unterlassung einer Rechtspflicht zu bestrafen sei. Im Strafmaß geht das Urteil noch über die Strafe hinaus, die der Witwe Anna H. wegen Bornahme der Abtreibung auferlegt worden war: der Angeklagte G. wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Urteil, an dem die Halberstädter Amtsgerichtsräte Dr. Lippert und Dr. Büchner als Berufsrichter mitgewirkt haben, ist juristisch wie menschlich gleich ungeheuerlich. § 48 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs lautet:

Als Anstifter wird bestraft, wer einen anderen zu der von demselben begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke oder Versprechen, durch Drohung, durch Mißbrauch des Ansehens oder der Gewalt, durch absichtliche Herbeiführung oder Beförderung eines Irrtums oder durch andere Mittel vorzüglich bestimmt hat.

Als „bestimmen“ bezeichnet ein anerkannter Kommentator: den Entschluß zur Begehung einer konkreten Tat bei einer anderen Person hervorzurufen. Niemand kann also die Duldung des bereits geschähen Entschlusses eines anderen Anstiftung sein. Im vorliegenden Falle hat die Ehefrau den Entschluß zur Abtreibung selbständig gefaßt. Ob der Ehemann diesen Entschluß aufreibe oder nicht, — auf keinen Fall hat er ihn hervorgerufen, auf keinen Fall hat er also seine Ehefrau im Sinne des § 48 zu ihrer Tat „bestimmt“.

Der Abg. Kuttner, juristischer Referent der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, hat eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit diesem Urteil des erweiterten Schöffengerichts in Halberstadt beschäftigt. Das Staatsministerium soll erklären, ob es bereit sei, die Staatsanwaltschaft zu veranlassen, gegen dieses Urteil die zulässigen Rechtsmittel zugunsten des Verurteilten einzulegen und über die Konstruktion des Urteils eine höchstinstanzliche Entscheidung herbeizuführen.

# Hakenkreuz-Zeitungspläne.

## Hiltler will eine Tageszeitung in Berlin aufmachen.

München, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Hiltler kündigt an, daß am 1. Oktober dieses Jahres ein „Völkischer Beobachter“ für Groß-Berlin erscheinen soll, der in eigener Druckerei und durch eine eigene Redaktion in Berlin hergestellt wird. Für die Zwischenzeit wird dieses Blatt in München gedruckt und erscheint ab 1. März. Die Mittel für den Ausbau des Berliner Betriebes sollen durch eine Steigerung der heutigen Auftragslisten des „Völkischen Beobachters“ gewonnen werden, die man durch eine permanente Werbeaktion zu erreichen hofft. Als Beamten für die Werber werden überne und goldene Hiltler-Abel in großem und kleinem Format in Aussicht gestellt, ferner Photoparate, Motorräder und sogar ein Personen- und ein Lastautomobil.

# Streicher vor dem Reichsgericht.

## Revision verworfen.

Leipzig, 4. Februar.

Das Reichsgericht beschäftigte heute durch Verwerfung der Revision das Urteil des Schwurgerichts Nürnberg vom 4. November 1929, das den Landtagsabgeordneten Streicher zu zwei und den Schriftleiter Karl Holz des „Stürmer“ in Nürnberg zu drei Monaten Gefängnis wegen Religionsvergehens verurteilt hat. Im „Stürmer“ war seinerzeit im Zusammenhang mit der Moraffäre Humann-Daube in verschiedenen Artikeln (Streicher kommt nur für einen dieser Artikel in Betracht) den Juden zur Last gelegt, daß es sich auch hier wieder wahrheitswidrig um einen Ritualmord handle, wie sie in früheren Zeiten vielfach begangen worden seien. Das Schwurgericht erachtete diese Vorwürfe in einer Weise gegen die jüdische Religionsgemeinschaft erhoben, die wegen ihres beschimpfenden Charakters den Tatbestand des § 166 StrGB erfüllen.

Vergleich zwischen Kirche und Staat in Anhalt. Zwischen der evangelisch-lutherischen anhaltischen Landeskirche und dem anhaltischen Staat ist ein endgültiger Vergleich vereinbart worden, der nach der Zustimmung der teilnehmenden Körperschaften bedarf. Danach bezahlt der Staat der Kirche rückwärtig ab 1. April 1924 eine dauernde Rente von 300 000 M. jährlich. Die Rückstände des Staates an die Kirche, die 760 000 M. betragen, werden in mehreren Raten bezahlt.

# Kriegsberichterstattung für Moskau.



„Aber der Platz ist völlig leer.“

„Gut — berichten wir: Angesichts unserer eisernen Entschlossenheit wagte kein Schupo, sich sehen zu lassen.“

# Französisch-italienische Annäherung

## Neue Gruppierung auf der Flottenkonferenz.

London, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Ueber den Inhalt der von den Franzosen auf der heutigen Sitzung der Flottenkonferenz eingereichten Vorschläge erzählt der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“ folgende Einzelheiten:

Die im französischen Memorandum vom Dezember niedergelegte Forderung nach einem beschränkten Recht auf Tonnageverteilung zwischen den verschiedenen Schiffskategorien bleibt unverändert aufrechterhalten; sie wird jedoch durch einen neuen Gedanken ergänzt. Die Franzosen schlagen nunmehr die Festsetzung einer Maximaltonnage vor, die theoretisch für alle fünf Mächte Geltung haben soll und von keiner Macht überschritten werden darf.

Über jede Macht soll von sich aus freiwillig eine Erklärung darüber abgegeben, welche Tonnage sie tatsächlich auf die Dauer der Konvention für sich in Anspruch nehmen wird. Mit dem Vorschlag soll ganz offenkundig von französischer Seite den Italienern eine goldene Brücke gebaut werden. Italien hätte dann auf dem Papier volle Parität mit sämtlichen anderen Seemächten und besonders mit Frankreich; es würde sich jedoch freiwillig zu Verpflichtungen haben, während der Geltungsdauer der Konvention von der Maximaltonnage nicht Gebrauch zu machen. Jede Macht hätte

die Pflicht, bekanntzugeben, in welcher Art sie die Gesamtonnage auf die verschiedenen Kategorien vorbehaltlich eines begrenzten Transferrechtes verteilen würde.

Der italienische Delegierte erklärte sich mit den französischen Vorschlägen einverstanden und identifizierte sich ausdrücklich mit der französischen Forderung nach einer Festsetzung der Gesamtonnage. Auf der anderen Seite besäßen Engländer und Amerikaner nach wie vor auf der Festsetzung der Höchsttonnage für jede Kategorie.

Damit ist mit dem heutigen Tage eine hochbedeutsame Neugruppierung Frankreich-Italien einerseits und England-Amerika andererseits auf der Flottenkonferenz in Erscheinung getreten. Japan hat sich zu den Vorschlägen bisher nicht geäußert.

Wichtiger als der Gegensatz zwischen der englisch-amerikanischen und der französisch-italienischen Auffassung wird in London die Tatsache betrachtet, daß sich mit den heutigen Verhandlungen die Aussicht auf eine Ueberbrückung der französisch-italienischen Flottenrivalität eröffnet hat.

Man vermutet in London, daß die neue italienisch-französische Harmonie in nächster Zeit die Ergänzung durch ein politisches Abkommen zwischen den beiden Mächten finden wird.

# Keine Kürzung der Beamtengehälter

## Wiederholte Erklärung im preussischen Landtag.

Der Landtag hörte zu Beginn seiner Dienstagsitzung den Nachruf des Präsidenten-Bartels auf den am Sonnabend verstorbenen kommunistischen Abgeordneten Dr. Ernst Meyer (Stend) an. Abg. Schulz-Neukölln brüllte während des Nachrufs des Präsidenten Hochrufe auf die Revolution und die Sowjetmacht dazwischen.

Hierauf wurde der Etat des Finanzministeriums weiterberaten.

Abg. Grebe (Zentr.) und Abg. Meyer (Herford) (DVP.) forderten Beseitigung von Besoldungs härten.

Hierauf wurden die Abstimmungen zum Etat des Volkswohlfahrtsministeriums vorgenommen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei zugunsten der Innungskrankenkassen wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Ebenso ein Antrag der Kommunisten, der Fahrpreiserhöhung für die Spartakus-Jugend fordert.

Abgelehnt wurde auch der Antrag der Deutschnationalen auf Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für alle 18- bis 21-jährigen Jugendlichen.

Der sozialdemokratische Antrag, die Fürsorgeerziehung den Jugendämtern zu übertragen, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, die Witwen- und Besenrenten der Invalidenversicherung auch dann auszuzahlen, wenn der Versicherte vor 1912 gestorben ist, wurde an den Ausschuß zurückverwiesen.

In der fortgeführten Debatte zum Etat des Finanzministeriums erklärte Abg. Kasper (Komm.), die Kürzung der Beamtengehälter stünde trotz aller Dementis bevor.

## Finanzminister Dr. Höpfer-Affhoff

wendet sich gegen einen Antrag der Bauernpartei, den Leiter des Finanzamts in Coesfeld zu mahdregeln. Die Darstellung seines Vorgehens im Antrag der Bauernpartei sei durchaus falsch. Aber es sei überhaupt sinnlos, derartige Anträge im Preussischen Landtag einzubringen, statt sich an das Reichsfinanzministerium oder den Reichstag zu wenden. Der Finanzminister bittet, von der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über den Zusammenbruch der Beamtenbanken abzuziehen. Man könne über diese privaten Gründungen keine verbindliche Meinung sein; die Staatsregierung habe jedenfalls ihre Geschäftsführung nicht zu veranmworten. Der Einfluß aller Beamtenbanken an die Preussentasse sichere in Zu-

kunft eine genügende Kontrolle. Der vom Abg. Eiman (Soz.) geforderte allgemeine Härteparagraf im Besoldungsgesetz sei wegen der Finanznot nicht durchführbar.

An einen Abbau der Beamtengehälter denke das Finanzministerium weder im Reich, noch in Preußen.

Die Vermehrung der Zahl der Angestellten sei nur scheinbar; es handle sich um die Clarifizierung von Angestellten, die z. B. bei den Landräten schon immer vorhanden gewesen seien. Auf dem Boden des Berufsbeamtentums stünden alle Parteien und vor allem die Regierung.

Abg. Ley (Nat.-Soz.): Der Abbau der Beamtengehälter wird unter dem Young-Plan doch kommen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 10 Uhr: Erste Sitzung des Landwirtschaftsausschusses, hamburgisch-preussische Polizeigemeinschaft.

# Amnestie in Spanien.

## Unamuno befreit.

London, 4. Februar. (Eigenbericht.)

Wie aus Madrid gemeldet wird, hat der neue spanische Ministerpräsident Berenguer den bekannten republikanischen Schriftsteller Unamuno, der unter Primo de Rivera Verfolgungen ausgeht war und ins Ausland flüchtete, amnestiert.

Der Mannheimer Oberbürgermeister Dr. Heimerich, der in letzter Zeit viel im Zusammenhang mit dem Berliner Oberbürgermeisterposten genannt wurde, erklärt in einer Zuschrift an die „neue Badische Landeszeitung“, er beabsichtige keinesfalls eine etwa in Frage kommende Kandidatur für die Berliner Oberbürgermeisterstelle anzunehmen.

Das scheidende Reichstagen-Abgeordnetenhaus hat den Bericht des Außenministers Dr. Benesch über die Haager Konferenz mit den Stimmen der Mehrheitsparteien zur Kenntnis genommen.

Der lettische Außenminister zurückgetreten. Infolge der Umbildung der Regierungskoalition in Lettland ist Außenminister Salabris zurückgetreten. Ministerpräsident Celmins hat das Ministerium des Auswärtigen übernommen.



# Das märkische Brandstifterdorf.

## Ein Dorf, in dem es Woche für Woche Feueralarm gab.

In Kottbus hat gestern ein Prozeß gegen fünf Dorf-bewohner aus Sielow begonnen. Sie alle sind wegen Brandstiftung angeklagt. Es handelt sich um ein Land-wirtschaftsgepaar, einen Schlosser, eine Fabrikarbeiterin und einen Bauunternehmer, der wegen Anstiftung belangt wird.

Im vergangenen Spätsommer folgte im märkischen Dorfe Sielow ein Brand dem anderen. Die Versicherungsgesell-schaften gerieten in Aufregung und riefen schließlich den Schutz des Staates herbei. In Sielow wurde ein Kommando der preußi-schen Schutzpolizei stationiert, das so lange in dem Orte ver-blieb, bis die meisten Versicherungsverträge abgelassen waren. Kaum hatte die Polizei das Dorf verlassen, als wiederum Gehöft nach Ge-höft in Brand stand.

Bei dem Prozeß, der am Dienstag begann, handelt es sich erst um einen Anfang. Weitere Verhandlungen werden folgen. Der Hauptangeklagte Landwirt Rischke ist Hofbesitzer. Im Juni 1929, an einem Sonntag, an dem fast das ganze Dorf bei einem Lanz-nergnügen war, brannten seine Scheunen nieder. Bei der Auszahlung der Versicherung für den Scheunenbrand hatte Rischke 1000 R. Ge-winn. Wenige Wochen später brannte der Nachbarhof. Kurz

darauf wurden Wohnhaus und Stallung des Rischkeschen Hofes bis auf die Grundmauern eingestürzt. Rischke war bereits in Unter-suchungshaft. Der Verdacht, dieses Feuer angelegt zu haben, richtete sich gegen seine Frau und die im Hause angestellte Fabrik-arbeiterin Christoph. In dem Tage, als das Wohnhaus ab-brannte, war bereits nachmittags in den Räumen ein starker Petroleumgeruch wahrgenommen worden. Um die Abend-stunden brach dann der Brand aus. Der Bauunternehmer Wilhelm Kraus aus Schmelwitz wird beschuldigt, aus gewinnluchtiger Absicht die anderen Angeklagten zur Anlegung der Brände aufgefordert zu haben.

Der Prozeß wird in die Verhältnisse auf dem Lande hineingelesen. Seit es eine Feuerversicherung gibt, ist gerade auf dem Lande immer wieder verlußt worden, durch Brandstiftung eine hohe Versicherungsprämie zu erzielen und so eine alte Scheune, einen alten Stall durch ein neues Gebäude ohne Kosten, manchmal sogar mit Gewinn, zu ersetzen. Die Verhältnisse bei der Feuerversicherung und der Polizei sind im Dorfe anders als in der Groß-stadt. Die Möglichkeit, daß die Dinge unentdeckt bleiben, ist dort größer, und so wächst die Versuchung.

Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

verhafteten Kommerzienrats Meußdörffer, Geheimrat Meußdörfer, erklärte: was das Gedächtnis an die Frau des Arbeiters Schubert anbelange, so sei es tatsächlich im Einverständnis mit dem Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft in Bayreuth erfolgt, weil Schubert, der seit Mitte November sich in Untersuchungshaft befinde, ein durchaus verstorben Mensch sei und anders zu einem Ge-ständnis nicht zu bewegen gewesen wäre.

## Helfi den Ausgesteuerten!

### Dringlichkeitsantrag der sozialistischen Rathausfraktion.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bringt im Stadtparlament folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistrat wird ersucht, unverzüglich mit dem Landes-arbeitsamt Brandenburg in Verbindung zu treten zwecks Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Arbeitslosen.“

Die Fraktion bringt ferner folgende Anfrage ein:

Im Amtsblatt der Stadt Berlin vom 2. Februar 1930 gibt der Magistrat neue Kur- und Verpflegungssätze in den städtischen Krank- und Pflegeanstalten und Röhren- und Säuglingsheimen bekannt, die am 1. Februar in Kraft getreten sind. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Januar sind dabei in wichtigen Punkten nicht beachtet, andere wichtige Punkte haben der Stadtverordnetenversammlung nicht zur Beschluß-fassung vorgelegen.

Wie fragen an: Aus welchem Grunde ist den Stadtverord-neten nur eine Teilvorlage über die beabsichtigten Er-höhen gemacht worden? Hat der Magistrat zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung Stellung genommen oder welche Körperschaft hat die Beschlüsse abgelehnt? Aus welchem Grunde ist der Stadtverordnetenversammlung keine Vorlage über die Be-schlüsse des Magistrats zugegangen, obwohl bereits das Amtsblatt in der Lage war, die Beschlüsse zu veröffentlichen?

Der Haushaltsaus-schuss beschäftigte sich gestern mit einer Reihe von Initiativanträgen der Fraktionen.

Ein sozialdemokratischer Antrag Flatau und Ge-nossen, den der „Vorwärts“ bereits veröffentlichte, verlangt eine stärkere Kontrolle der durch die Stadt abzuführenden Ber-träge. Die Beschlufassung über diesen Antrag wurde vertagt. Ein Untersuchungsausschuss soll die Zweckmäßigkeit der einzelnen Beträge vorher durchprüfen.

Ein denkschriftlicher Antrag, der die Prüfung einer stärkeren Ausnutzung privater Wohlfahrtsanstalten verlangt, wurde abge-lehnt. An seiner Stelle wurde ein Antrag der sozialdemo-kraatischen Fraktion angenommen, der den Magistrat er-sucht, zu prüfen, inwieweit es möglich ist, städtischerseits unterstützte Kinderärzten und Horte in städtischen Besitz zu über-führen, sowie ein denkschriftlicher Antrag, der den Magistrat um Zustimmung erlucht über die Zahl und Unterhaltskosten der in 338 Pri-vaten und in 71 städtischen Wohlfahrtsanstalten betreuten Kinder.

## Selbstmord eines Studenten.

In seiner Wohnung in der Mansfelder Straße 12 ver-lüßte gestern nachmittag der 24jährige Student Walter Hahn Selbstmord durch Erschießen. Der junge Mann schrie kurz vor 13 Uhr von einem Ausgange heim und begab sich sogleich in sein Zimmer. Wenige Minuten darauf krachte ein Schuß. Als man in das Zimmer eindrang, lag Hahn leblos am Boden. Er hatte sich in die Schläfe geschossen. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Ueber die Motive zu dem Verzweiflungs-schritt ist bisher nichts bekannt.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Übungsstunde am Donnerstag, 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gelandesaal der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16/17. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Text „Erlösung“ mitbringen.

## Ungetreuer Profurist der BAO.

### Seine Klage vom Arbeitsgericht abgewiesen.

Die Berliner Aufschlagsgesellschaft hat am 8. Dezember a. J. ihren Profuristen Liebert schlüsslos entlassen, weil er Handlungen begangen hat, die ein Verbleiben in der Leitung einer städtischen Gesellschaft unmöglich machen. Liebert hat beim Arbeitsgericht gegen seine Entlassung, die er als unberechtigt bezeichnet, geklagt. Er verlangt Zahlung seines Gehalts — monatlich 1000 M. — für die Kündigungszeit.

Das Arbeitsgericht hat durch Zeugenvernehmungen im wesent-lichen folgendes festgestellt. Am Verlauf der Sklarett-Affäre kündigte die „Rote Fahne“ an, daß sie demnächst Material gegen Liebert veröffentlichen werde. Unmittelbar nach dieser Ankündigung erschien Liebert in Begleitung einer Mitarbeiterin der „Berliner Tageblatt“, die mit einem guten Freunde Lieberts verheiratet ist, in der Redaktion der „Roten Fahne“ und bot händeringend, man möge doch nichts gegen ihn veröffentlichen. Er wurde abgewiesen, erschien aber am Nachmittag desselben Tages nochmals, wiederholte seine Bitte und ließ durch sein Verhalten erkennen, daß er bereit sei, Schweißgeld zu zahlen, wenn die „Rote Fahne“ auf Veröffentlichung ihres Materials verzichten würde. Auch das wurde abgewiesen. Dann erschienen in der „Roten Fahne“ und auch im „Tempo“ schwere Anschuldigungen gegen Liebert. In der Hauptsache wurde ihm nachgesagt, daß er als intimer Freund der Brüder Sklarett an den unlaubersten Ge-schäften beteiligt sei. Liebert klagte nicht gegen diese Blätter, er unternahm nichts, um sich gegen die gegen ihn erhobenen Anschul-digungen zu verteidigen, so daß also angenommen werden mußte, daß wenigstens ein Teil der Anschuldigung nicht widerlegt werden konnte.

Neben diesen Presseveröffentlichungen, die Liebert nicht ab-wehrte, laufen noch zwei Fälle, die ihm zur Last fallen. Das Gericht hält zwar nicht für festgestell. daß Liebert Geld oder sonstige Vorteile von Lieferanten der BAO. erhalten hat, aber er hat, wie festgestellt, einem Lieferanten für Dienst-leistungen geschäftlicher Art Zahlungen geleistet. Schließlich hat sich Liebert mit einem ihm unterstellten Beamten der BAO. ein For-mular geben lassen, um es zu unerlaubten Zwecken zu benutzen.

Daß Liebert unlaubere Handlungen begangen hat, hält das Gericht nicht für erwiesen. Es hält aber die an-geführten Fälle für so schwerwiegend, daß sie eine ausreichende Be-gründung für die fristlose Entlassung abgeben, denn es könne einer städtischen Gesellschaft nicht zugemutet werden, einen Mann, der sich derart verdächtig gemacht hat, in leitender Stellung zu belassen. Aus diesen Gründen erklärte das Gericht die fristlose Entlassung des Klägers für berechtigt.

## Sind sie die Mörder?

### Schnellste Aufklärung des Kumbacher Mordes notwendig.

Die im „Abend“ bereits mitgeteilte zunächst nicht ganz ver-ständliche Nachricht, daß die Familie des in Haft befindlichen Kom-merzienrates Meußdörffer mit Wissen der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters der Familie des als Täter ermittelten Schubert finanzielle Zuwendungen gemacht habe, findet jetzt schwin-bar ihre Aufklärung. Danach hatte sich Schubert bereit er-klärt, ein Geständnis abzulegen, aber er wollte das nicht umsonst tun. Er wisse, was ihm bevorstehe, und er wolle wenig-stens für seine Frau sorgen. Das wurde der Familie Meußdörffer mitgeteilt, und sie erklärte sich im Einverständnis mit der Untersuchungsbehörde bereit, dem Verbrecher mit Geld den Mund zu öffnen. In seinem Geständnis schilderte Schubert, er und Pöpp seien zunächst in eine unerschöpfliche Gartenkammer ein-gedrungen. Dort hätten sie sich aus dem Futter einer Toppe des Gärtners Gesichtsmasken geschlitten und Pöpp habe die Toppe angezogen. Dann seien sie am Blühleiter in die Höhe gestiegen und in das Schlafzimmer einge-drungen. Am Frau Meußdörffer am Schreien und Krachen zu verhindern, hätten sie Krachel und Fesseln benützt. Dann hätten sie angefangen, das Zimmer nach Verhaschen zu durchsuchen. Durch das plötzliche Aufflehen eines Lichtes im Hause seien sie aber auf-gescheucht worden und geflohen. Frau Meußdörffer habe in diesem Augenblick noch geschl. Untermwegs habe Pöpp die Toppe des Gärt-ners ausgezogen und weggeworfen.

Die nächsten Tage bringen hoffentlich volle Aufklärung in diese zunächst noch recht dunkle Angelegenheit. — Wie in einem Berliner Spätabendblatt behauptet wird, soll Schubert ein mit Zuchthaus und Gefängnis schwer verurteilter Mann sei. Der Bruder des

## Aluixio Arvedo Ein brasilianisches Mietshaus

Marcianna zitterte vor Wut, schloß das Fenster, riegelte die Tür zu und steckte den Schlüssel in ihr Kleid. Dann fiel sie über ihre Tochter her und schlug sie erbarmungslos. Ohne Hoffnung auf Flucht, schrie Florinda so laut sie konnte und rief um Hilfe. Die Waschfrauen ließen ihre Wannen stehen und ihre Eisen abtühlen, und die Nachbarn versammelten sich vor Nummer zwölf, hämmerten auf die Tür und drohten, das Fenster einzuschlagen. Drinnen mißhandelte die Mulattin noch immer das am Boden liegende Mädchen und hielt nur inne, um zu fragen: „Wer war es? Wer war es?“ Worauf die Schlägerei von vorn anfang, bis die Frage wiederkam: „Wer war es, sag mir, wer es war!“

Ihre Tochter heulte, antwortete aber nicht. „So, du willst es also nicht sagen? Na wari“ nur, wir werden schon sehen.“ Und sie lief in die Küche und holte den Besen. Aber so kurz die Zeit auch war, sie genügte Florinda, um das Fenster zu öffnen und buchstäblich mitten unter die erregten Nachbarn herauszufallen. Die Waschfrauen waren entschlossen, sie vor ferneren Schlägen zu schützen, denn die rotierende Mutter hatte die Tür aufgerissen und bedrohte sie alle mit ihrem Besen. Eine Anzahl von Weibern versuchte sie zu beruhigen. „Was ist denn nur los, tante Marcianna, was hat denn das arme Kind getan?“

„Ans Unglück ist das Frauenzimmer gekommen“, kreischte die alte Mulattin, „weiter ist nichts los.“

„Aber schlag doch das arme Kind jetzt nicht“, sagte Augusta, „du reißt ihr ja die Haut vom Leibe.“

„Dann soll sie mir antworten“, rief die Alte, „ich will wissen, wer der Hund gewesen ist, und sie soll es sagen, sonst zerbrech ich ihr alle Knochen im Leibe.“

„Los, Florinda, sag doch, wer es war“, rief Das Doras. „Es ist doch besser, du sagst es deiner Mutter jetzt, dann ist alles vorüber.“ Der Kreis wartete in ungewohntem Schweigen und plachte vor Neugierde. „Da habt ihr's“, rief die Mutter aus. „Sie antwortet nicht, das unterständige Weibsbild. Aber ich werd's schon aus ihr rausbekommen.“

Die Waschfrauen mußten die wütende Alte an den Armen packen und ihr den Besen aus der Hand reißen, sonst hätte sie sich wieder auf das unglückliche Mädchen gestürzt. Die Neugierde hatte jetzt den Siedepunkt erreicht. Von allen Seiten kamen Fragen und Aufforderungen, sie solle doch sprechen und den Fall klären, und das immer dringendere: „Wer war es, wer war es denn?“ brach schließlich des Mäd-chens hartnäckigen Widerstand, bis sie anfang, in ihren zer-rissenen Rock, den sie sich vor die Augen hielt, zu weinen, und stammelte: „Domingos war's.“

„Domingos?“

„Der junge Mann in der Taverna?“

„Aha, der Fuchstopf“, schrie die alte Marcianna. „Komm jetzt mal mit“, und sie packte Florinda am Arm und schleppte sie, von der ganzen plappernden Schar begleitet, zum Laden.

Sowohl die „Taverna“ als auch das Restaurant waren mit Kunden angefüllt. Hinter dem Ladentisch sprangen Manoel und Domingos hin und her. Es waren viele Neugier-da, und der Lärm war ohrenbetäubend. Auch Leonor war zu sehen, schwarzgezeltet herum, liebäugelte mit dem oder jenem, wobei sie beide Reihen ihrer großen, weißen Zähne zeigte und quetschte, wenn die Männer sie neckten. Zwei englische Matrosen tranken eine laubereiche Mischung aus Ginger-ale und Whisky, tauten Tabak und sangen in ihrer fremden rauhen Sprache betrunkenes Lieder.

Marcianna erzwang sich den Weg durch die Kunden-menge und hielt ihre ungeliebte Tochter nach wie vor fest am Arm. Dann rief sie: „Hallo, Sie, Joao Romao!“

„Was ist denn da draußen los?“ rief die Stimme des Birts, der im Nebenzimmer war und alle Hände voll zu tun hatte.

Bertoleza, die einen Schlüssel mit Fett in der Hand hielt, erschien, schmutzig von Schweiß und Ruß, in der Tür, und als sie sah, daß eine Menge Leute aus dem Haus das Lokal mit Beschlag belegten, rief sie ihrem Mann zu: „Kommen Sie lieber rasch, Herr Joao; ich weiß nicht, was passiert ist.“

Endlich erschien er und fragte ungeduldig: „Was zum Teufel ist denn los?“

„Ich bin gekommen, um Ihnen das Mädchen zu bringen; Ihr junger Mann soll nun für sie sorgen.“

Joao Romao blickte verständnislos non der schluchzenden Florinda zu der rasenden Marcianna.

„Was sagen Sie? — Was soll denn das alles heißen?“

„Es war Domingos!“ erwiderten viele Stimmen.

Jetzt ging ihm ein Licht auf, und der Chef rief ge-bieterlich: „Domingos!“

„Jawohl, Herr“, erwiderte der junge Mann schuldbehaftet.

„Komm hierher.“

Der Schuldige schlich sich totentbleich näher.

„Was hast du diesem Mädchen hier getan?“

„Nichts — nein, Herr; ich hab' ihr nichts getan.“

„O doch hat er“, jammerte Florinda und fügte Einzel-heiten hinzu.

Diese Mitteilungen riefen allgemeines Gelächter hervor.

„Also läufst einer meiner Angestellten herum und ver-führt die Mädchen aus der Nachbarschaft“, sagte der Buldler und schüttelte streng den Kopf. „Du hast A gejagt, also mußt du auch B sagen; und da ich Angestellte, die eine Familie auf dem Buckel haben, nicht brauchen kann, sieh dich lieber nach einer anderen Stelle um.“

Domingos war viel zu zerstückelt, um zu antworten. Er machte sich schweigend aus dem Staube.

Daraufhin versammelten sich die Waschfrauen und die Ladenlinden zu zweien und dreien draußen vor der Tür, auf dem Hof und vor der Straße, um über die Sache zu sprechen; Domingos hatte natürlich Freunde, aber auch ein paar Ver-leidiger, und allerhand Prophezeiungen über den mutmaß-lichen Ausgang der Geschichte wurden laut.

Inzwischen ging Marcianna, ohne ihren Griff um Florin-das Arm zu lockern, nach dem hinteren Teil des Gebäudes, um Domingos zu suchen, der seinerseits angefangen hatte, seine paar Sachen zu packen.

„Na“, fragte sie, „was wirst du tun?“

Darauf erwiderte er nichts.

„Wirst du wohl sprechen, du Hundsfott!“

„Ach, halt den Mund“, murmelte der junge Mann, noch immer rot vor Scham und Zorn.

„Hier gibt's kein Halt den Mund!“ rief die alte Wasch-frau wütend. „Bari nur ein blöhen mit deiner Bockerei, du wirst sie heiraten, sie ist minderjährig.“

„n Dred werde ich sie heiraten!“

„Du wirst nicht? Na, wir werden ja sehen.“

Und die empörte Mutter stürzte zum Laden zurück.

„Der Fuchstopf sagt, er heiratet sie nicht.“

Diese Nachricht wirkte auf die Waschfrauen wie ein Kriegsruf; sie drängten sich alle zur Tür und stammten vor Empörung.

(Fortsetzung folgt.)

# Kommunistische Blutrache.

## Die Mordtat vom 14. Januar aufgeklärt. — Der Täter geständig.

Die Vernehmung des am 3. Februar 1930 festgenommenen arbeitslosen Täblers Albert Höhler, der bekanntlich am 14. Januar 1930, abends gegen 22 Uhr, den nationalsozialistischen Studenten Horst Wessel in seiner Wohnung, Große Frankfurter Str. 62, bei Salm, niederschoss, ist, wie der Polizeipräsident mitteilt, zu einem vorläufigen Abschluss gekommen.

Höhler, der nach seinen eigenen Bekundungen seit etwa fünf Jahren der KPD. angehört und stellvertretender Bereitschaftsführer der Dritten Bereitschaft der Sturmabteilung Mitte der KPD. ist, hat zugegeben, den Anschlag auf Wessel mit zwei Komplizen, „Erwin“ und „Bibel“ begangen zu haben. Den unmittelbaren Anschlag habe jene am 14. Januar 1930 in der Vintenstraße stattgefundenen Schießerei gegeben, bei welcher der ebenfalls der KPD. angehörende Kamilla Raß von Nationalsozialisten durch einen Schuß in den Rücken schwer verletzt worden war. Damals glaubten verschiedene Parteigenossen des Höhler, den bei den Kommunisten allgemein verhassten Wessel unter den Angreifern des Raß erkannt zu haben. Höhler will nun von seinem Bereitschaftsführer „Erwin“ den Befehl erhalten haben, mit ihm und dem Parteigenossen „Bibel“ alsbald dem Großen Frankfurter Straße 62 bei Salm wohnhaften Wessel eine „proletarische Abrechnung zu verabfolgen“. Da bekannt war, daß Wessel Waffen bei sich führte, hätten Höhler und seine Komplizen ihre Pistolen mitgenommen. Beim Öffnen der Tür zu Wessels Wohnung will Höhler aus einer Bewegung des Wessels auf den Ruf „Hände hoch“ geschlossen haben, daß Wessel aus der Gefäßtasche eine Waffe ziehen wollte. Höhler schoß darauf, durchsuchte mit seinen Komplizen das Zimmer nach Waffen und enterte sich eiligst, nachdem er der gleichfalls im Zimmer anwesenden Braut des Wessel den Rat gegeben hatte, für einen Arzt zu sorgen.

## Das rasende Auto.

### 1 1/2 Jahre Gefängnis für einen Chauffeur.

Das Geheimnis der blauen Limousine, die am 9. November vorigen Jahres gegen 8 1/2 Uhr abends in schneller Fahrt und ohne zu hupen durch die Straße am Treptower Park in der Richtung nach Berlin fuhr und die an der Kreuzung der Eichenstraße einen Mann tödlich und an der nächsten Straßenecke beim Überholen einen Radfahrer zu Boden schleuderte und schwer verletzte, beschäftigte in zwei Verhandlungstagen am Sonnabend und auch am Dienstag bis in die späten Abendstunden das Verkehrsgericht beim Schöffengericht Berlin-Mitte.

Die Anklage richtete sich gegen den 24jährigen Kraftwagenführer Hans Pohl. Dieser hatte an dem Tage in einem blauen Buickwagen, der seinem Vater gehörte, Hochzeitsgäste gefahren, dann sich in einem Café in Treptow aufgehalten und war um dieselbe Zeit die Straße am Treptower Park ziemlich schnell nach Berlin ge-

fahren. Nach den Zeugenaussagen habe das Unfallauto, das ebenfalls ein eleganter dunkelblauer Wagen war, und zwar nach der Vorgangart von amerikanischem Typ, nach beiden Unfällen sich um die Opfer nicht gekümmert, sondern war mit unverminderter Schnelligkeit weitergefahren. In einer Ecke wurde der Wagen durch einen Straßenbahnwagen aufgehalten und durch Polizeibeamte konnte der Chauffeur Hans Pohl und ein Mitfahrer namens Stellmacher festgestellt werden. Beide waren stark angetrunken. Trotzdem bestritt der Angeklagte, auf seiner Fahrt irgendeinen Unfall gehabt zu haben. Auch der Zeuge Stellmacher bestritt, etwas von einem Unfall gemerkt zu haben, und er leitete den Fall. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragte eine Gesamtstrafe von 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Hans Pohl wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

## Tragödie des Alternden.

### Der Tod des Architekten Strodski.

In seiner Wohnung im vierten Stock des Gartenhauses in der Wilhelmstraße 136, dicht an der Kaiserallee, wurde am Dienstag mittags gegen 12 Uhr der 57 Jahre alte Architekt Frh. Strodski erschossen aufgefunden.

Der Architekt bewohnte mit seiner Frau und den beiden Stiefkindern die aus 2 Zimmern und Küche bestehende Wohnung in der ruhigen Straße seit 19 Jahren. Er war früher 11 Jahre beim Magistrat angestellt, machte sich dann selbstständig, doch nicht mit dem Erfolge, den er davon erhofft hatte. Im September vergangenen Jahres wurde er erneut beim Magistrat angestellt und erwartete, daß dieser Posten nun von Dauer sein sollte. Seine Hoffnung wurde enttäuscht, zum 1. Februar war er wiederum abgebaut worden. Es war Strodski zwar gelungen, einen Auftrag, der etwa 8 Wochen in Anspruch genommen hätte, von der Postverwaltung zu bekommen, doch bedrückte ihn sichtlich die Sorge um die unsichere Zukunft, für die er bei seinen vorgerückten Jahren das Schlimmste befürchten mußte. Als der Sohn gegen 12 Uhr heimkehrte, fand er den Vater auf seinem Bett erschossen daliegen. In größter Aufregung eilte der junge Mann nach dem 153. Revier und erstattete Anzeige. Der Befund ergab zwar etwas Verdächtig, denn in seiner Bestätigung hatte der Sohn die Lage der Leiche verändert und auch zwei Waffen beiseite gelegt. Die Nachforschungen ergaben aber, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein Selbstmord wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten vorliegt. Die Uhr und die Geldtasche des Architekten lagen geordnet auf dem Nachtschisch. Auf seinem Schreibtisch lagen noch die unvollendeten Arbeiten, die er für die Postverwaltung auszuführen hatte. Für ein Verbrechen haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

## Modernisierung der Ausfallstraßen.

### Gute Fortschritte im vergangenen Jahr / Was kommt 1930?

Die Zunahme der Siedlungen an der Peripherie Berlins, das Wiederaufleben der Bandstraßen durch den stärker gewordenen Luftausflußverkehr hat auf den Berliner Hauptstraßen, die als Ausfallstraßen dienen, in den letzten Jahren zu einer wesentlichen Belebung des Verkehrs geführt. Nach einem bereits vor längerer Zeit aufgestellten Programm ist daher mit dem planmäßigen Ausbau dieser Straßen begonnen worden. Meist wurden diese Arbeiten vorgenommen, wenn die Verstärkung der Straßendecke eine willkommene Gelegenheit hierfür bot. Überall dort, wo es ging, sind, meist durch Wegnahme der Bordkästen die Dämme wesentlich verbreitert, und die Straßenbahnschienen auf besondere Bahnlkörper gelegt worden, so daß zu beiden Seiten sogenannte Einbahn-dämme eine bessere Verkehrsabwicklung ermöglichen. Im vergangenen Jahre sind einige besonders wichtige Verkehrsstraßen zum größten Teil fertiggestellt worden, so im Osten die Landsberger Allee bis Friedrichshain, die Kniprodestraße, die Berliner Allee in Weißensee, im Südosten die wichtigen Verkehrsstraßen Urbanstraße und Hasenheide, im Westen die Entlastungsstraße für den Kurfürstendamm, die Kantstraße, und vor allen Dingen die Potsdamer Straße in ihrer Verlängerung als Hauptstraße in Schöneberg, als Rheinstraße in Friedenau und als Schloßstraße in Steglitz; ferner in Pantow die Verbindungsstraße nach Buchholz, in Reinickendorf die Residenzstraße und im weiteren Vorortgebiet die Straße an der Buchheide.

Auch für das Jahr 1930 war neben der Fertigstellung einzelner Teile einer Verkehrswege noch eine größere Anzahl anderer Ausfallstraßen, die bisher noch nicht angefangen werden konnten, vorgesehen. Das Sparprogramm der Stadt Berlin läßt bisher noch keinen Ueberblick zu, was von diesen Projekten wirklich durchgeführt werden kann. Im Interesse des Verkehrs ist zu hoffen, daß ein wesentlicher Teil berücksichtigt wird.

## „Verboten“ ist „nicht gestattet“.

### Höflicher Tezt für Anschläge bei der Reichsbahn.

Seit einiger Zeit ist die Reichsbahn bemüht, die Beziehungen zwischen der Reichsbahn und den Reisenden, den sogenannten „Dienst am Kunden“ zu pflegen. Die Angestellten sind wiederholt angewiesen worden, beim persönlichen Umgang mit den Reisenden Höflichkeit zu beobachten. Nun hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft leghin die Reichsbahnstellen aufgeföhrt, daran mitzuarbeiten, daß auch aus allen Anschlägen und Bekannmachungen, mit denen sich die Reichsbahn an ihre Kundshoft wendet, soweit wie irgend möglich ein gewinnender und damit für die Reichsbahn werbender Ton klingen soll. Daher sollen die in den Zügen, auf den Bahnhöfen und an sonstigen Stellen angebrachten Anschläge, Anweisungen und Verbotstafeln einer Nachprüfung in dieser Hinsicht unterzogen werden. Man strebt an, den Ausbruch „Verboten“, der im Geschäftsverkehr unfreundlich klingt, nach Möglichkeit zu vermeiden. Freilich wird dies nicht leicht sein, da aus rechtlichen Gründen oft ein bestimmtes Verbot nötig ist. Doch wird auch in solchen Fällen versucht werden, das „verboten“ durch die meist weniger schroffe Wendung „nicht gestattet“ zu ersetzen. Auch wird im Einzelfalle nachgeprüft, ob hierbei ein sachlich knapper Ton oder eine längere, höflichere Wendung in den einzelnen Fällen vorzuziehen ist, wobei Ausdrücke wie „Kein Zutritt“ oder „Es wird höflich gebeten, rechts an die Schalter heranzutreten“ benutzt werden sollen. Auch soll durch den Zusatz des Wortes „Bitte“ z. B. „Bitte rechts gehen“ die erwünschte Verbindlichkeit der Anschrift hergestellt werden. Ferner wird versucht werden, viele der bisher üblichen Anschläge künftig ganz fortfallen zu lassen, namentlich wenn sie Selbstverständlichkeiten enthalten, die vielleicht aus älterer Zeit übernommen worden sind. Anschläge überhaupt zu vermeiden, wird als die ideale Lösung bezeichnet. Geprüft soll auch werden, ob in dem Bestreben fortgefahren werden kann, gewisse Anschläge nur in bestimmten Arten von Wagen oder Warteräumen anzubringen, wie z. B. den Hinweis auf das Nichtausstiegen.

Um unnötige Kosten zu vermeiden, soll die Modernisierung der bisherigen Anschläge allmählich gelegentlich von Ausbesserungen und Instandsetzungen vorgenommen werden. Schon jetzt sollen aber die Dienststellen bei der Abfassung aller 6rtlichen oder auch nur vorübergehenden Anschläge und Bekannmachungen nach diesen Anregungen verfahren.

## Ein Lieferant mit Seide gestohlen.

Ein überaus vornehmer Autorand wurde gestern am hellen Tage in der Innenstadt verlohrt. Vor dem Hause Jerusalemstraße 23 hielt gegen 15 Uhr ein Geschäftsauto der Firma Vereinigte Seidenwebereien A. G. Der Chauffeur und sein Mitfahrer hatten in der Jerusalemstraße eine Sendung anzuliefern und den Wagen nur wenige Augenblicke unbewacht gelassen. Diese kurze Zeitspanne machten sich Autodiebe schon zunutze, kletterten auf den Führersitz und fuhren davon. In dem Wagen befanden sich Seidenstoffe im Werte von etwa 50 000 Mark. Das Auto, ein Opelcabriolet, trägt die Nummer IA 70 147.

## Töblicher Unfall eines Universitätsprofessors.

Der 66jährige Professor der iranischen und armenischen Philologie an der Berliner Universität Dr. Joseph Marquart wurde Dienstag vormittag in seiner Wohnung in Lichterfelde von seiner Haushälterin tot aufgefunden. Wie die Ermittlungen ergaben, ist er durch ausströmende Gase getötet worden. Professor Marquart ist allem Anschein nach einem Unfall zum Opfer gefallen.

Bei offenen Füßen, Krampfaderngeschwüren, schwer heilenden Wunden, schmerzhaften Entzündungen usw., unerträglichem Jucken sollten Sie die milde wohltuende Dillido-Salbe anwenden. Dose 1,75 und 3 Mark, in Drogerien und Apotheken erhältlich, sonst bei Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstraße 4.

## Wer zahlt bei diesem Krämerbankrott?

### Eine Stadt bleicht für unfähige Kleinhändler.

Unter der obigen Ueberschrift finden wir in der neuesten Nummer der „Konsum-Genossenschaft“, des Organs der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, folgende sehr beachtenswerte Ausführung: „An Opladen, einer Stadt im Kreis Solingen, hatte die Edeta Einkaufsgenossenschaft 1929 einen Wechsel über 260 000 Mark ausgestellt, der die rechtsverbindliche Unterschrift der Stadt Opladen trug. Die Krämergenossenschaft ging pleite, die Stadt wurde von der Reichsbank in Anspruch genommen, weigerte sich, wurde aber dieser Tage vom Reichsgericht endgültig zur Zahlung verurteilt. Mit Protestkosten, Zinsen usw. wird die Stadt rund eine halbe Million Mark zu zahlen haben, d. h. die Steuerzahler, auch jedes in Opladen wohnende Mitglied der Konsumgenossenschaft Barmen. Für den Konsumverein, so bemerkt die Zeitschrift, würde die Stadt schwerlich Wechsel unterschrieben haben; er beanspruchte es auch nicht, da seine Mitglieder selber für die erforderlichen Betriebsmittel sorgen. Diese sollten aber Protest gegen die Vergebung ihrer Gelder im Interesse unfähiger Händler erheben. Wie kommen sie dazu, die Schulden von Leuten zu bezahlen, die ihren Konsumverein, erfolglos freilich, bekämpfen?“

Die bürgerliche Presse schreit gerade in Berlin Zeter und Mordio über die angebliche Verschwendungssucht der Städte. Was sagt sie zu diesem standalösen Fall einer unerhörten Belastung des Staatshaushaltes und des Einzelhaushaltes durch die offenkundige Mißwirtschaft einer jener privatwirtschaftlichen Edeta-Genossenschaften, die sich in der Bekämpfung der Konsumgenossenschaften nicht genug tun können?

## Zuchthaus für ein Eisenbahnattentat.

### Der Anschlag auf den D-Zug Berlin-Köln.

Vor dem Schöffengericht in Burg bei Magdeburg hatte sich der Arbeiter Willi Häfeler wegen einer Transportgefährdung zu verantworten. Häfeler hatte in der Nacht zum 9. Oktober 1929 einen Hemmschuh auf die Gleise der Eisenbahnstrecke Berlin-Magdeburg dicht bei Burg gelegt, um den D-Zug Berlin-Köln zum Entgleisen zu bringen. Glücklicherweise hatte der D-Zug das Hindernis ohne Schaden zu nehmen beiseite geschoben. Häfeler gab an, daß er einmal ein Eisenbahnunglück in

Birlichkeit erleben wollte. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren.

Häfeler war kürzlich ins Braunschweiger Untersuchungsgefängnis übergeführt worden, da er im Verdacht steht, auch an den Anschlägen auf den Bahnverkehr im Braunschweiger Bezirk beteiligt zu sein. Die Untersuchung darüber schwebt noch.

## Dunkle Wechselgeschäfte.

### Die „faulen“ holländischen Aktepte.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich kürzlich der frühere Assessor bei der Staatsanwaltschaft II, Dr. Walter Schott, von neuem zu verantworten. Dr. Schott ist bereits in eine Reihe von Skandalprozessen verwickelt gewesen und auch mehrfach verurteilt worden.

Gegenwärtig verbüßt er eine Gefängnisstrafe und wurde gestern dem Gericht aus dem Gefängnis vorgeführt. Er ist gemeinsam mit dem Versicherungsagenten Kurt Müller wegen Untreue angeklagt. Der Bankdirektor Dietrichs holte von einer holländischen Diskontierungsbank fünf Wechsel im Gesamtbetrag von 50 000 Mark erhalten, die er verkaufen wollte. Durch Vermittlung von Müller beauftragte er Dr. Schott mit dieser Aufgabe. Schott erklärte, daß er imstande sei, die Wechsel für 45 000 Mark unterzubringen. Es wurde auch von Schott bereits der Zahlungsmodus angegeben. Gegen Quittung erhielt Dr. Schott die Wechsel ausgehändigt. Dr. Schott hat die Wechsel aber weit unter dem Preise für 26 000 Mark verkauft und dem Zeugen nur 15 000 Mark abgeliefert. Er bestritt, seine Treuhänderspflichten verletzt zu haben, denn es sei nachher zwischen Dietrichs und Müller eine mündliche Vereinbarung getroffen worden, und deshalb habe auch Müller die Quittung zurückgehalten. Der Zeuge jedoch bestritt das und behauptete, daß die Quittung nur aus Versehen mit den Wechseln mitgegeben worden sei. Dr. Schott gab für die Einbehaltung der restlichen 11 000 Mark an, daß er hinterher erfahren habe, daß die holländischen „faul“ seien, deshalb habe er als Sicherungsmäßnahme für sein Giro den Betrag zurückgehalten.

Der Staatsanwalt war der Meinung, daß gegen Dr. Schott wegen seiner mehrfachen Vorstrafen ein empfindliches Strafmaß beantragt werden müsse, und zwar wegen Untreue zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrenverlust, dagegen beantragte er gegen Müller nur sechs Monate Gefängnis. Die Rechtsanwälte beantragten Freisprechung beider Angeklagten. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Schott wegen Untreue zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Müller wurde freigesprochen.



# Kaufen Sie **MAGGI** Suppen-Würfel und Sie werden zufrieden sein!

Die Würfelpackung ist praktisch. — 28 verschiedene Sorten, jede hat ihren reinen, natürlichen Geschmack. — 1 Würfel für 2 Teller 13 Pfg.

# 10 Jahre Berliner Milchhandel

Auch die Berliner Milchhändler haben erkannt, daß im Zusammenhange die Schwächen mächtig sind. Sie können bereits auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken.

In dem festlichen Kreise, der die Mitglieder des Verbandes „Vereinigte Berliner Milchhändler“ im Lehrervereinshaus vereinte, sprach der erste Vorsitzende Reins über die Schwierigkeiten der Berliner Milchversorgung, die in der Hauptsache in der komplizierten Behandlung der leicht verderblichen Ware liegen. Dann behandelte er das Stedenpferd aller Milchhändler: die Staffelung des Milchpreises. Die reinliche, mit mehr Aufwendung von Kosten gewonnene Milch sollte höher im Preise stehen als unlaubere, schlecht gewonnene Milch, ebenso sollte Milch mit höheren Fettprozenten teurer bezahlt werden als jene, die sich knapp an der polizeilichen Mindestgrenze von 2,7 Proz. hält. (Genau genommen ist das eine Verleuerung der Milch auf Kosten der unheimlichen Käufer, denen mit der schlechten und billigen Milch auch nicht geholfen ist. D. Red.) Der Redner erörterte dann auch die Schwierigkeiten in der Belieferung. Die verschiedenen und schwankenden Quantitäten Milch, die täglich nach Berlin kommen, bilden das ganze Risiko dem Handel auf. Der Redner bemühte sich nachzuweisen, daß der Berliner Milchhandel immer reichlich bestrebt war, auch in schwersten Zeiten die Versorgung Berlins mit Milch sicherzustellen. Die Milch soll auch besser geworden sein. Der heute beinahe 4000 Mitglieder zählende Verband hat sich in der Nähe aller Berliner Güterbahnhofe Zweigbetriebe geschaffen. Die Gesamtmilch wird dort, bevor sie in den Verkehr gebracht wird, vom Hauptgesundheitsamt der Stadt geprüft. Interessant war auch die Feststellung, daß über 1000 Gesuche zum Handel mit Milch jährlich an den Magistrat gerichtet werden, davon werden 800 bis 900 zugelassen. Doch sind viele der neuen Gesuche nicht ergebnislos. Eine Mäßigung im Tempo der Bewilligungen sei darum angebracht. Ein guter Werbestil über Berlins Milchversorgung schloß sich diesen Ausführungen an.

## Werttätige als Künstler.

Im Buchgewerbeamt (Dreißendstraße 5) ist eine sehr interessante Ausstellung von Kunst und Kunst zu sehen, die am Montag durch Ansprachen von Bürgermeister Dr. Herz und Stadtrat Dittmer eröffnet wurde. In Hand der in vorbildlicher Uebersichtlichkeit ausgestellten Arbeiten gab der Kunstmaler Max Graese aufschlußreiche Erläuterungen über den Zweck der Volkshilfskurse. Die Beschäftigung mit der bildenden Kunst soll nicht mehr ein Bildungsprivileg der bestehenden Klassen sein; nach modernen Prinzipien soll auch der Werttätige zur Freude am Schaffen erzogen werden, vor allem nach seiner persönlichen Vorstellungskraft zu gestalten, verfügen, ohne die Natur nachzuahmen und ohne langweilige Umwege über Perspektive und Anatomie. Sehr instruktiv für diesen Zweck waren die ausgestellten Zeichnungen einer 72jährigen Blätterin, die von ersten, recht hilflosen Versuchen zu beachtlichen Endergebnissen führten. Ein Stubenmaler hatte es von einem schablonenhaften Anfängerstudium (einen Bierdeckel darstellend) zu Tierbildern von erstaunlicher, malerischer Feinheit gebracht. Eine junge Chemikerin und eine Kontoristin zeigten nach Ueberwindung der ersten konventionellen künstlerischen Aquarelle von starkem, farbigen Reiz, denen eine Bewandtschaft mit frühpersischen Malereien nicht abzuspüren war. Ein 21jähriger Kaufmann entpuppte sich als ausgesprochen impressionistisches Talent. Wertvolle Fingerzeige werden hier gegeben, wie auch im Werttätigen die Lust am Schaffen, am bildnerischen Nachgestalten schlummert und gerade dem Berliner, der mit künstlerischer Kultur nicht übermäßig gesegnet ist, kann dieser Weg zu einer neuen Volkskunst warm empfohlen werden. Keineswegs soll hier eine Konkurrenz zu den gerade in dieser Zeit schwer kämpfenden Kunstschaffenden hochgezichtet werden; aber eine Bereicherung im Alltagsleben des Werttätigen und ein besseres Verständnis für die Werte wahrer Kunst, das ist ein Ziel, zu dem man das Volkshilfsamt Kreuzberg beglückwünschen kann.

## Gerson-Diät und Ernährungsreform.

In einem öffentlichen Vortrag, der von der Vegetarier-Vereinigung Berlin veranstaltet wurde, sprach Frauella Heil Horowitz, Dozentin an der Humboldt-Hochschule über Gerson-Diät und Ernährungsreform. Die Rednerin warnte vor fanatischer Umstellung in der Ernährungsfrage; man mühte wohl unterscheiden zwischen Heilkost, wie sie die Gerson-Diät darstellt, und normaler Kost. Allgemein aber sollte die Kenntnis von den Mineralstoffen und Säuren, die in den Nahrungsmitteln enthalten sind, verbreitet sein, weil in dem Mangel oder in einem Zuviel dieser Stoffe die Ursachen von vielen, besonders aber der rheumatischen Erkrankungen, zu erblicken sind. Bei Konserven müsse man darauf achten, daß sie keine schädlichen chemischen Zusätze enthalten, die von den Fabriken beigesetzt werden, um dem Inhalt die frische Farbe zu erhalten. Hier sei eine scharfe Kontrolle am Plat. Rohkost sei mehr als Weißkost zu empfehlen; für die Erhaltung des Organismus reiche sie nicht zu. Die Sprecherin empfahl jedoch eine reichhaltige Kost, wie sie bei vielen Völkern seit Jahrhunderten auch heute noch besteht. Die chinesischen Arbeiter z. B. verrichten ihre schwere Arbeit bei der einfachsten Ernährung ohne Fleisch. Auch empfahl die Rednerin die Einschränkung der kalorienreichen Nahrung. Herzkrankheiten seien in den meisten Fällen auf jahrzehntelange falsche Ernährung zurückzuführen. Die Eier nach stark gewürzter und gelagerter Nahrung sei immer ein Anzeichen vom fehlerhaften Funktionieren der Ernährungsorgane. Die Heilkost der Gersons beruht in der Hauptsache darauf, daß keine Diät aus viel Fett, wenig Eiweiß und keinen Kohlenhydraten bestehe, dafür aber Phosphor-Veratron, viel Rohkost und Gemüsesäfte zuweilen, also eine überaus vitaminreiche Nahrung darstelle. Die Gersonsche Diät sei nicht nur für wohlhabende Kranke, sondern auch für armere Kreise durchführbar; doch erfordert jeder Krankheitsfall seine besondere von dem Arzt zu verordnende Anweisung.

## Zur Ehrenrettung der Hypnose.

In der „Psychologischen Gesellschaft“ versuchte in der Sitzung vom 30. Januar Dr. Hollauer eine „Ehrenrettung der Hypnose“. Nachdem nach jahrzehntelangem Kampf die als Charlatanerie verachtete und auf die Hintertreppe des Wissenschaftsbauhauses verwiesene Hypnose sich endlich durchgesetzt hatte, sprach er alle Rechte einer anerkannten Heilmethode. Weshalb also Ehrenrettung? Die Hypnose, so meinte der Vortragende, sei im Begriff, auf Kongressen und Tagungen erneut ins Hintertreffen zu geraten und die schwer erworbenen Rechte an die jüngere Schwarmwissenschaft der Psychoanalyse zu verlieren. Diese also galt es zunächst von dem angenehmen Thron zu stürzen, um so die Würde der Hypnose in um so helleres Licht zu rufen. Die vorgetragenen Argumente wirkten indessen um so weniger überzeugend, als sie sich gegen Formen und Auffassungen der Analyse wandten, wie sie etwa von 80 Jahren geübt worden sind und die die meisten bedeutsamen Entdeckungen völlig ignorierten. Auch die direkte Beweismittel für die Ueberlegenheit der Hypnose ist dem Vortragenden nicht recht geblieben. Der veränderte, stark eingesenkte Bewußtseinszustand des Patienten werde vom Hypnotiseur, der

nur als „Weichensteller“ zu fungieren habe, dazu benutzt, von dem frankhaften Erlebnis abzulenken und kraft der Autorität des Arztes eine allmähliche Umstellung des Patienten auf „Heroisches“ (gemeint ist z. B. Mütterlichkeit der Frau und Kriegsbegeisterung des Mannes) herbeizuführen. Diese Berufung auf „Heroisches“ aber, das zu allen Zeiten den arbeitenden Menschen über seine wahren Bedürfnisse hinwegzuläufchen versuchte, ist für uns ein wenig überzeugendes Argument, die „Ehrenrettung der Hypnose“, so wie der Vortragende sie versteht, ist somit völlig vorbeigelungen.

## Neue Reichsbannerortgruppe in Rudow.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat nun auch in Rudow die republikanischen Kräfte zu einer Ortsgruppe des großen Bundes zusammengeschlossen. Aus Neutölln, Adlershof und Schönefeld waren die Reichsbannerkameraden nach Rudow marschiert. Dort wurden sie von der republikanischen Bevölkerung im Restaurant „Lufthaus“ erwartet. Der Saal war überfüllt, als die Kundgebung durch den Kameraden Hoffmeister eröffnet wurde. Stadtvorordner Gutsmid und Stadtrat Radtke betonten in ihren Ansprachen, daß die Reichsbannerbewegung die große Aufgabe habe, die Aufbauarbeit der Republik zu schützen und mitzuheilen an der staatsbürgerlichen Erziehung des Volkes. — Der organisatorische Aufbau der Ortsgruppe wird in den nächsten Tagen erfolgen.

## Abendunterhaltung der Jugendmusiker Berlin-Süd.

Im städtischen Saalbau Neutölln, Bergstraße 147, musizierte die städtische Volks- und Jugendmusikschule Berlin-Süd auf Einladung des Volksbildungsamtes Neutölln. Ein städtisches Orchester und ein Chor junger Menschen füllte das Podium. „Wir wollen uns nicht etwa produzieren und um Ihren Beifall buhlen“, meint der Leiter der jungen Schar. Gemeinjam wurden wieder gesungen, deren Worte unsere täglichen, stündlichen Gedanken umfassen, die aber doch, bei allem Ernst und aller Tiefe des Empfindens, in der schönsten Welt künstlerischen Erlebens eine kleine Ueberrumpfung vom nüchternen Alltag bedeuten. Und der ganze Saal, bis aufs letzte Plätzchen gefüllt, stimmte ein in die Gesänge von Arbeit und Ruh, in den Beifall der ewig Seltsamkeiten, deren Welt Fabrik, deren Ueberrumpfung heißt. Schön und stimmungsvoll klangen Alfred Lehmes „Gesang der Arbeit“ und „Die heilige Flamme“ von Heinrich Berich. Ein wahres, echtes Bekenntnis dessen, was uns bewegt. Die jugendlichen Musiker setzten in der Wiederabe verschiedener klassischer und neuerer Kompositionen einen Auschnitt aus ihrem Schaffen, der das Streben nach ernsthafter künstlerischer Arbeit erbrachte.

## Das Auto im Bild.

So betitelt sich eine Kunstausstellung, die gestern bei Ford am Kurfürstendam vom Berliner Künstlerbund eröffnet wurde. Was man unten im Erdgeschoß erblickt, in ihrer Neuheit funkelnde Ford-Wagen aller Art — das führt im Obergeschoß wieder, durch Künstleragen gesehen und dementsprechend farblich gezeichnet, „impressionistisch“ oder „sachlich“ abgewandelt, bald ins Plakathafte, bald ins Humoristische gesteigert. Neben Darstellungen aus der Autofabrikation dominiert das Auto im Straßenverkehr der Stadt; daneben das einzelne Auto auf der Landstraße und mit Vorliebe: die vornehme Dame (womöglich mit Hund) am Steuer. Bei der Mehrzahl der Bilder hat man das Gefühl, daß Konstruktion und Dynamik des Automobils nur von den wenigsten begriffen und nur selten zum wesentlichen Bildinhalt wurde. Vieles ist nur ein „Herumgerede um das Auto“, das Auto als amüßante Beigabe, oft mit dilettantischen Hilfsmitteln. Schätze man früher gute Pferdemaler, so ist die Zeit nicht mehr fern, da gute Automobilmaler gesucht sein werden. Hervorzuheben sind die Werkstätten-darstellungen von Rosenbaum und Franz Graf, die Bilder des mondänen Autos von Otto Krell, die humoristischen Darstellungen von Krain, Plocher und Ditzgen und Krommer. Die Ausstellung ist bei freiem Eintritt bis Ende Februar geöffnet.

## Ehrgang für Elsa Brändström.

In den unruhigen Zeiten des Krieges, während wir um das Wohl unserer fern der Heimat wohnenden Kriegsgefangenen bangten, war es eine schwedische Frau, Elsa Brändström, die in den Lazaretten Petersburgs und in den Gefangenenlagern Sibiriens sich unentwegt der armen Verlassenen annahm. Nach dem Kriege wandte sie zunächst ihre Sorge den schwerbeschädigten ehemaligen Kriegsgefangenen zu. Nun ist ihr Werk schwer gefährdet. Um es fortzusetzen, findet heute Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im großen Saal von Kroll eine Veranstaltung statt, deren Erlös Frau Brändström zur Verfügung gestellt werden soll. Reichsminister Dr. Curtius und Reichstagspräsident v. Karstedt werden Ansprachen halten. Hofkapellmeister Friedrich Kayler hat seine Mitwirkung zugesagt. Diese Veranstaltung wird um 7.35 Uhr von der Berliner Funkstunde übertragen werden.

Ein Fünfundachtzigjähriger. Am Donnerstag, dem 6. Februar, erreicht Genosse Karl Lehmann, Adalbertstraße 87, das 85. Lebensjahr. Dem langjährigen treuen „Vorwärts“-Leser gelten unsere besten Wünsche.

# Was sagt der Bär?



## Viele Wege führen zu

dem Zoo, und Tiere flankieren seine Eingänge. Die eigenartigste Figur bleibt aber der aus Klinkern neugeschaffene Bär; eine Gestalt, vom Raucher besonders verehrt als Sprecher für:

# Josetti Juno

Berlins meistgerauchte 4 1/2 Cigarette

Rauchgift, Rauschgift und Tanz.

'Tanz', so sagt Dr. Albert Wilmann in einem lehrreichen Vortrag 'Rauschgift und Tanz'...

Programmwchsel bei Hagenbeck. Das neue Programm des Zirkus Carl Hagenbeck umfasst 15 Nummern...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin. Am Sonnabend, dem 8. Februar, von 19 1/2 bis 22 Uhr...

- 7. Kreis Charlottenburg, Bildungsaussch. Sitzung am Donnerstag, dem 6. Februar, 20 Uhr...

Morgen, Donnerstag, 6. Februar.

- 26. Abt. 19 1/2 Uhr bei Hofe, Besprechung, 8. Funktionärstreffen...

Freitag, 7. Februar.

- 1. Abt. 19 1/2 Uhr bei Spillhoff, Adressl. 1. Funktionärstreffen...

Frauenveranstaltungen.

- 3. Kreis Reichshagen, Frauenratung, 6. Februar, 19 1/2 Uhr...

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Generalsammlung der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksausschuss Berlin, Sonntag, 10. März 1930...

- 1. Kreis Mitte, Freitag, 7. Februar, 19 1/2 Uhr im Sitzungszimmer...

- 2. Kreis Tiergarten, Donnerstag, 6. Februar, 19 1/2 Uhr im Nationaltheater...

- 3. Kreis Wilmersdorf, Freitag, 7. Februar, 19 1/2 Uhr im Gefängnis...

- 17. Kreis Köpenick, Freitag, 7. Februar, 19 1/2 Uhr im Rathaus Köpenick...

Jungsozialisten.

- Gruppe Köpenick, Sonntag, 10. Februar, 20 Uhr im Jugendheim...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

- Groß-Berlin, Die Arbeitgemeinschaft kommt ab Montag, dem 10. Februar...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

108. Abt. Schulenburg, Die Wache unserer verstorbenen Genossen...

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Wir die Jugend-Sozialistinnen und -sozialisten, begrüßen am 8. Februar...

Abteilungsmittgliederversammlungen heute, 19 1/2 Uhr:

- Kronprinz: Schule Götterstraße 19, - Moabit III: Beim Schützen...

- Spandau (S.-A.): Beim Lindenauer 1, Gruppenversammlung...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

- Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Scharnhorststr. 37-38, Hof 2, 2. Etage...

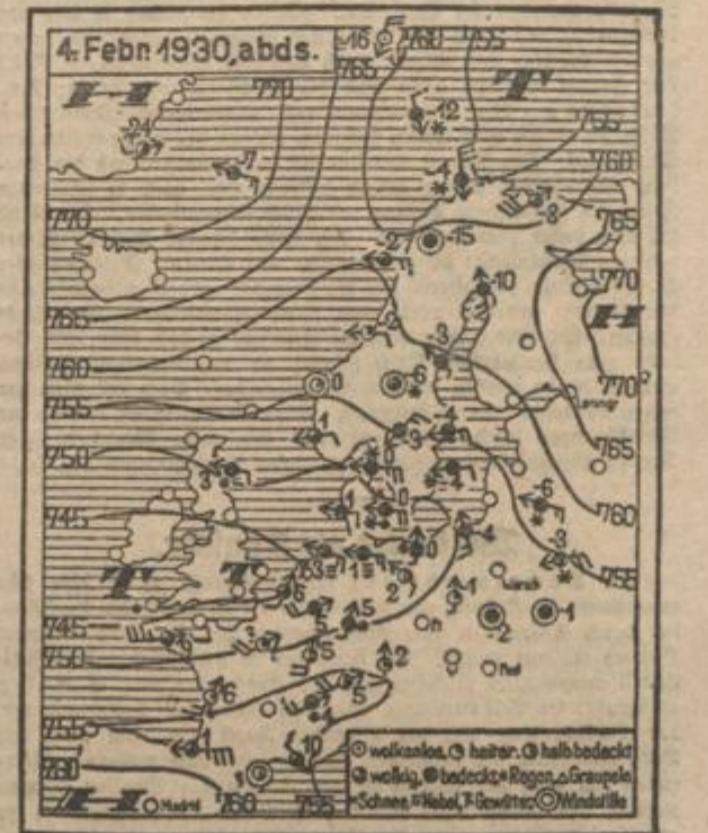
- Reichsbanner-Gruppe: Sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen...

Funkwinkel.

In ihrem Vortrag 'Nationalisierung des Haushalts' spricht Lisa Albrecht...

Zahnemannschaft der Schreiner-Gesellschaft zu Berlin 1898...

Allgemeine Wetterlage.



Die kalten Luftmassen, die von Russland nach Westen strömen...

Wetter für Berlin: Etwas milder, vereinzelt Regenfälle...

Die Erde erdt durch den Regen, alle die unsere Hausdächer...

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geyer, Westfälisch: G. Alinghüter...

Bei dem Heimgange meines lieben Mannes, unseres guten Vaters...

Wir danken allen für die bewiesene Teilnahme, insbesondere auch denen...

- Frau Ww. Luise Daehne geb. Mucks, Paul Daehne nebst Frau Agnes und Sohn Heinz...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin Todesanzeigen Karl Heß

Einheitsverband d. Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin Der Mitgliedschaft zur Kenntnis...

Rudolf Adolphs geb. 23. September 1892 Die Beerdigung hat bereits stattgefunden...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsmitglieder! Freitag, den 7. Februar...

5000 Mark Belohnung Näheres kostenlos durch F. Erdmann & Co., Berlin SW. 11

Versammlung der Gemeinderäte Ortsverwaltung. Tagesordnung: Vortrag des Verbandsvorsitzenden...



## Die Diskontermäßigung ist da.

### Reich erhält mehr Reichsbankgewinne. — Golddiskontbank finanziert Exporte.

Die von der Öffentlichkeit erzielte, wirtschaftlich längst mögliche, von uns immer mit starkem Nachdruck geforderte Kreditverbilligung ist da. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 5. Februar den Diskontsatz von 6% auf 5 und den Satz für Lombarddarlehen von 7% auf 7 Proz. ermäßigt.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in der Sitzung des Zentralausschusses die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts begründet. Die sinkende Tendenz des Zinsfußes in den maßgebenden Ländern des Auslandes bestehe weiter und eine neue Senkung des Reichsbankdiskonts um 1/2 Proz. lasse immer noch eine genügende Zinsspanne, die einen Abfluß der Deutschland zufließenden Auslandsgelder verhindere. Im Interesse der schwer unter der Depression leidenden deutschen Wirtschaft glaube das Reichsbankdirektorium unter diesen Umständen schon jetzt den Versuch einer neuen Diskontermäßigung machen zu können. Obwohl trotz des Fortschrittes des Konjunkturabstiegs die jetzige Beanspruchung der Reichsbank nicht unerheblich über der des Vorjahres liege, stehe die Lage der Reichsbank einer 1/2prozentigen Diskontermäßigung nicht entgegen, zumal bei der herrschenden Konjunktur für die nächste Zeit mit einem größeren Geldbedarf der Wirtschaft nicht gerechnet zu werden brauche und von der öffentlichen Hand erwartet werden darf, daß sie die Sanierung ihrer finanziellen Situation mit allem Ernst betreibt.

Der Reichsbankpräsident hat in dieser Begründung unsere Hauptargumente für eine Diskontermäßigung anerkannt, daß nämlich die Zinsspanne gegenüber dem Ausland groß genug bleibe, daß billiger Kredit für die deutsche Wirtschaft notwendig sei und daß die Lage der Reichsbank die Diskontermäßigung erlaube. Keinen Grund hat der Reichsbankpräsident dagegen angeführt, daß die Kreditverbilligung nicht schon früher hätte vorgenommen werden können.

## Neue Gewinnverteilung.

Es ist nur ein zeitliches Zusammenreffen, es liegt dafür kein sachlicher Zusammenhang vor, daß der Reichsbankpräsident gleichzeitig mit der Herabsetzung des Diskonts auch Mitteilungen über eine Neuordnung der Gewinnverteilung bei der Reichsbank machte, die mit der Reichsregierung vereinbart worden ist und bei der Verabschiedung des neuen Reichsbankgesetzes der Zustimmung des Reichstags unterliegen wird.

Das Reich wird durch die Annahme des Young-Planes die Souveränität auch gegenüber der Reichsbank wiedererlangen, die sich in erster Linie in der Uebertagung des Notenmonopols an die Reichsbank auswirkt. Unter dem Domes-Plan, d. h. nach dem Reichsbankgesetz vom 29. August 1924, galt eine Gewinnverteilung, die das Reich außerordentlich benachteiligte und die sogenannten Anteilseigner wenigstens formell außerordentlich begünstigte. Die Anteilseigner hatten eine garantierte Dividende von 8 Proz. — nach Abführung von 20 Proz. des Reingewinns an die öffentliche Reserve der Reichsbank — und bis zu 50 Millionen Mark sollten sich nach den Vorschriften des Gesetzes das Reich und die Anteilseigner in die übrigen Gewinne der Reichsbank teilen, die immer außerordentlich hoch waren. Das ist praktisch freilich nicht geschehen, sondern die Reichsbank war gezwungen, da für die Anteilseigner sonst einfach unmoralisch hohe Dividenden herausgekommen wären, immer neue Reserven zum Bestehen der großen Gewinne zu erfinden. Das Reich kam dabei zu kurz. Auf der anderen Seite suchten die Anteilseigner auf ihr formelles Recht, mehr Gewinne zu erhalten. In diesen Bestimmungen werden jetzt grundsätzliche Änderungen vorgenommen.

Bis hierher, erhalten die Anteilseigner auch jetzt eine garantierte Dividende von 8 Proz. Vorher werden 10 Proz. des gesamten Reingewinns der Reichsbank — gegen früher 20 Proz. — in die öffentliche Reserve gelegt. Von dem Rest des Reingewinns erhält bei den ersten 25 Millionen Mark das Reich 75 Proz., die Anteilseigner erhalten 25 Proz., bei den nächsten 20 Millionen kommen auf das Reich 90 Proz., auf die Anteilseigner 10 Proz., und von dem dann noch eventuell verbleibenden Rest erhalten die Anteilseigner nur noch 5 Proz., das Reich 95 Proz. Die praktische Auswirkung dieser neuen Gewinnverteilung wird dadurch illustriert, daß, wie man hört, das Reich in den Etat für 1930 bereits eine Summe von 40 bis 50 Millionen Mark (bisher rund 5 Millionen) eingelegt haben soll. Man rechnet damit, daß es für die Anteilseigner selbst praktisch in aller Zukunft auf eine Dividende von 12 Proz. herauskommen wird, was wieder bedeutet, daß auch diese Dividende eine sogenannte manipulierte Dividende sein wird in dem Sinne, daß die Reichsbankdividende auf 12 Proz. stabilisiert wird und im übrigen die Reserven der Reichsbank aufgefüllt werden. Freilich ergäbe sich daraus auch eine Begrenzung des Gewinnanteils des Reiches.

## Große Geschenke an die Anteilseigner.

Diese neue Gewinnverteilung ist aber nur ein Bruchstück der jetzt vor sich gehenden Veränderungen. Dem formellen Anspruch der Anteilseigner auf höhere als bis jetzt verteilte Reichsbankgewinne wird bei der Neuordnung der Gewinnverteilung ein Zugeständnis gemacht, bei dessen Bemessung Reichsbank und Reichsregierung sehr weite Spandierhöfen angezogen haben. Der Reichsbankpräsident erklärte es für notwendig, die Anteilseigner im Inland und Ausland „fair“ zu behandeln — man werde ja noch auf lange Zeit in der Kapitalbeschaffung auf das Wohlwollen des Auslandes angewiesen sein, für die „faire“ Behandlung der Inlandsaktionäre wurde kein Grund angegeben — um ohne Widerstand die Zustimmung der Anteilseigner zur neuen Gewinnordnung zu erlangen.

Die Anteilseigner erhalten geschenkt: auf je vier Anteilsscheine einen Reichsbankanteil und außerdem im selben Verhältnis eine Golddiskontbankaktie zu 10 Pfund Sterling oder rund 200 Mark. Wer also beispielsweise 4000 R. Reichsbankanteile hat, erhält gratis 1000 R. Reichsbankaktien, die ihm 12 Proz. Dividende bringen und außerdem 2000 R. Golddiskontbankaktien, die mindestens 5 oder 6 Proz. Dividende bringen. Statt der 4000 R. hat dieser Anteilseigner also 7000 R., davon 3000 R. gratis, zu einer Verzinsung von erheblich mehr als 15 Proz. Reichsbankanteile waren wegen der früheren hohen Dividende immer ein sehr geluchtes Papier, ihr Kurs stand auf der gestrigen Börse bei 313 Proz., und es ist kaum anzunehmen, daß die Besitzer von Reichsbankanteilen jemals ihre Papiere verkauft haben. Diese glücklichen Besitzer werden

also ihren bisherigen Besitz an Reichsbankanteilen auf ewige Zeiten — das ist die Folge des Kapitalgeschehens — mit erheblich mehr als 15 Proz. verzinst bekommen. Man muß sagen, daß das eine mehr als faire Behandlung ist.

Das Geschenk wiegt um so schwerer, als nicht einmal moralisch die höheren Gewinnansprüche der Anteilseigner gerechtfertigt werden konnten, nachdem die Reichsbankgewinne ja nur zu verschwindenden Teilen mit dem von den Anteilseignern eingezeichneten Kapital erzielt wurden, sondern eine Folge des Notenmonopols waren und sind, auf Grund dessen die hauptsächlichste Kreditgewährung der Reichsbank erfolgt.

Diese Abfindung der Anteilseigner hat eine Kapitalerhöhung der Reichsbank zur Folge, und zwar im Verhältnis 4:1, d. h. bei dem jetzigen Stand eine Erhöhung des Kapitals auf 150 Millionen Mark. Aber auch bei der Golddiskontbank wird durch die Abfindung der Anteilseigner eine Kapitalerhöhung eintreten. Diese Kapitalerhöhung erfolgt aus den Reserven der Reichsbank von 133 auf 200 Millionen Mark, so daß einschließlich der Reserven von 50 Millionen Mark die Golddiskontbank über ein Arbeitskapital von 250 Millionen Mark verfügen wird.

Eine wirtschaftspolitische Ueberrückung ist die Absicht, die Golddiskontbank weiter bestehen zu lassen.

## Zweihundert Millionen Mark.

### Wie Arbeitslosigkeit und Unterstützungsvorschriften die Gemeinden belasten.

Stadtpäsident Dr. Fritz Eilos vom Deutschen Städtetag äußerte sich in der in den nächsten Tagen erscheinenden Nummer des „Städtetags“ über das für die Kommunalverwaltungen heute so wichtige arbeitslose Thema „Wohlfahrtsverordnungen und Gemeindefinanzen“. Wir entnehmen daraus:

Durch die Verschärfung der Anwartschaftsfrist, die Begrenzung der Unterstützungsdauer der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge sowie die Einmischung des von der Arbeitslosenversicherung betroffenen Personenteiles sind in den letzten Jahren und insbesondere in den letzten Monaten die ausschließlich von der Wohlfahrtsfürsorge zu betreuenden Erwerbslosen, die sogenannten „Wohlfahrtsverordnungslosen“, in einem Maße angewachsen, daß daraus die größte Gefahr für die geordnete Führung der gesamten kommunalen Finanzwirtschaft erwächst. Gerade die Last der langdauernden und darum besonders dringenden Arbeitslosigkeit liegt auf den Gemeinden. Das Hauptkontingent der Wohlfahrtsverordnungslosen stellen — wie Untersuchungen des Deutschen Städtetages ergeben haben — die Ausgesteuerten aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge dar. Dabei handelt es sich keineswegs etwa um erwerbsbeschränkte Arbeitskräfte, sondern fast ausnahmslos um vollarbeitssfähige und arbeitswillige Personen, deren Nichtunterbringung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt lediglich auf eine ungünstige Lage der Gesamtwirtschaft oder einzelner Wirtschaftsgebiete zurückzuführen ist. Die Aufgabe der gemeindlichen Fürsorge ist aber nach Ziel und Technik nicht die, für Massenverordnungslose, die arbeitsfähige Menschen heimzuführen, Fürsorge zu treiben. Ihr eigentlicher Zweck ist, bei individuellen Notständen und unter Prüfung des Einzelfalles einzugreifen.

Nach den Feststellungen des Städtetages betrug die Anzahl der in den Städten über 50 000 Einwohnern (ohne Hansestädte) laufend unterstützten Parteien bei den Wohlfahrtsverordnungslosen

Am 31. 12. 1928 rund	118 000
31. 3. 1929	136 000
30. 6. 1929	103 000
30. 9. 1929	133 000
31. 12. 1929	190 000

Die Zahl der laufend unterstützten Parteien bei den Wohlfahrtsverordnungslosen stieg zum Beispiel in der Zeit vom 31. Dezember 1928 bis zum Jahresende 1929 in Berlin von 24 856 auf 36 830; in Köln von 7001 auf 9678; in Dresden von 2918 auf 5178; in Breslau von 6429 auf 13 249; in Frankfurt a. M. von 3479 auf 7065; in Düsseldorf von 2825 auf 5110; in Mannheim von 1718 auf 2921 und in Kassel von 1134 auf 3363. Die kurze dieser Zahlen verläuft unabhängig von der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Auch während des Rückganges der Zahlen der durch die Versicherung unterstützten Erwerbslosen zeigten diese Ziffern infolge der Bestimmungen und Auswirkungen des WAWG. steigende Tendenz. Die Zusammenfassung der von der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge betreuten Personengruppen hat dadurch seit Inkrafttreten des WAWG. bemerkenswerte Veränderungen erfahren. Der Anteil der arbeitsfähigen Personen ist immer mehr gestiegen, während diejenigen, für die die gemeindliche Fürsorge in erster Linie geschaffen ist, prozentual in den Hintergrund treten.

Ohne die Aufwendungen für die Krisenfürsorge und die werkschaffende Arbeitslosenversicherung, deren Ausbau unter den verschiedensten Gesichtspunkten im Interesse der gesamten Wirtschaft dringend gelegen ist, betrug so die Belastung der Städte über 50 000 Einwohner (ohne Hansestädte) durch die Erwerbslosen im Jahre 1929 bereits 160 Millionen Mark. Für die Gesamtheit der Gemeinden wird sie auf weit über 200 Millionen Mark zu veranschlagen sein. Die finanziellen Schwierigkeiten der Städte sind zum größten Teile gerade durch die immer mehr steigenden Aufwendungen für die Wohlfahrtsverordnungslosen mit verursacht. Die Gemeinden sind zur Betreibung dieser Schicht der Erwerbslosen durch die Reichsfürsorgeverordnung verpflichtet, sie können sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Läßt man die augenblickliche Regelung weiter bestehen, so bedeutet das eine fortschreitende Gefährdung der kommunalen Finanzwirtschaft und das Entstehen von außerordentlich bedeutsamen Fehlbeiträgen im Haushalt. Für große Massen von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Erwerbslosen dauernd, oder jedenfalls für ungewisse Zeit zu sorgen, kann nicht Aufgabe der kommunalen Wohlfahrtsfürsorge sein.

Die Golddiskontbank soll in der Zukunft der Exportfinanzierung dienen. Zu diesem Zweck soll die auf völlig neue Grundlagen zu stellende Bank nach Möglichkeit Auslandskapital aufnehmen — bis zum Fünftel des Aktienkapitals, d. h. bis zu rund 1 Milliarde Mark. Die gegenwärtig kapitalmäßig noch voll von der Reichsbank beherrschte Golddiskontbank soll verwaltungsmäßig von der Reichsbank losgelöst und mit einer eigenen Direktion ausgestattet werden. Sie soll zu jedem Bankgeschäft berechtigt sein, was auch zur Folge hat, daß die bisherige Steuerfreiheit beseitigt wird.

Ueber alle diese Dinge wird nach manchem vor ihrer Verabschiedung im Reichstag zu sagen sein. Mit dem Kiefengeldent an die Anteilseigner hat sich der Reichsbankpräsident natürlich auch sehr tief vor den Mitgliedern des Generalrats verbeugt, so daß diese mit dem jetzigen Reichsbankpräsidenten ganz besonders zufrieden sein werden, was nicht ganz ohne politische Bedeutung ist. Auf das genaueste muß der Reichstag die neue Funktion der Golddiskontbank prüfen. Eine besondere Exportförderung ist gewiß zu begrüßen. Man muß aber beachten, daß die Golddiskontbank trotz der verwaltungsmäßigen Trennung von der Reichsbank von dieser nach wie vor fast voll beherrscht sein wird, da die Reichsbank auch bei der höheren Bemessung des Kapitals zu mehr als zwei Drittel die Golddiskontbank beherrschen wird. Die Möglichkeit ist also gegeben, daß die Reichsbank zur linken Hand stark in die Wirtschaftspolitik des Reiches eingreift. Dabei handelt es sich um grundsätzliche sehr ernste Fragen, an denen die Öffentlichkeit und der Reichstag nicht vorbeistehen können.

## Beratungsstelle wieder verlängert.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Kundenerlaß des preussischen Innenministers und des preussischen Finanzministers entnimmt, ist die Geltungsdauer der Richtlinien der Beratungsstelle bis zum 28. Februar d. J. noch einmal verlängert worden. Diese neuerliche kurzfristige Verlängerung läßt erwarten, daß im Zusammenhang mit den Young-Plan-Gesetzen auch die Frage der Beratungsstelle geordnet werden wird. Wir halten es für dringend notwendig, daß der Öffentlichkeit rechtzeitig genug die hier beabsichtigte Neuordnung bekanntgegeben wird. Die Frage ist viel zu wichtig, als daß sie ohne gründliche öffentliche Erörterung ihre Erledigung finden dürfte.

## Die Siemens-Anleihe schon verkauft.

Wie aus New York gemeldet wird, hat der ganze amerikanische Teil der neuen Siemens-Anleihe bereits sofort nach der Auslieferung Käufer gefunden. Das ist begreiflich angesichts der Tatsache, daß die amerikanische General Electric nach der Zustimmung des Siemens-Konzerns einen großen Block der Anleihebestände fest übernehmen konnte und um den Rest bei den günstigsten Bedingungen der Anleihe sich naturgemäß die kapitalistischen Käufer rissen. Es wurden auch sehr beträchtliche Beträge schon vor der Auslegung der Anleihe unter der Hand den Interessenten zugeteilt.

## Raab-Ragenstein-Flugzeugwerke bankrott.

Die Raab-Ragenstein-Flugzeugwerke G. m. b. H. in Kassel, die insbesondere Kleinflugzeuge hergestellt hat und von der auch das über Berlin jahrende starre Kesselmotorschiff gebaut wurde, hat ihre Zahlungen eingestellt und beim Amtsgericht Kassel ein Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses beantragt. Von den Gläubigern wünscht die Gesellschaft ein Moratorium, das eine hundertprozentige Befriedigung ermöglichen soll. Zur Zeit wäre eine Gläubigerquote von 50 Proz. möglich.

Der Zusammenbruch der Raab-Ragenstein-Flugzeugwerke wird vor allem zurückgeführt auf den Bankrott des Kasseler Bankhauses Schirmer, bei dem die Flugzeugfirma eine größere Forderung gehabt haben soll. In der letzten Zeit sollen ihre von verschiedenen Banken außerdem die gesamten Kredite gefälligst worden sein. Schließlich gehört die zusammengebrochene Flugzeugfabrik auch zu jenen Firmen, die von der letzten, vom Reichstag zur Rationalisierung der Flugzeugindustrie beschlossenen letzten Umstellungsbeihilfe ausgeschlossen worden sind und nur noch eine Abfindung als Schmerzensgeld erhalten haben.

Guter Ausfall der Kalifornien. Der Umloß der zum Deutschen Kalifornien gehörenden Kalifornien stellte sich im Januar 1930 auf 1 860 008 Doppelzentner Reinkaffee gegen 1 647 730 Doppelzentner Reinkaffee im gleichen Monat des Vorjahres. Die Abnahmen in den ersten neun Monaten (Mai 1929 bis Januar 1930) des laufenden Düngejahres betragen 9,3 gegen 9,4 Millionen Doppelzentner Reinkaffee in den ersten neun Monaten des Düngejahres 1928/29.

Das neue Filmkontingent. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat nunmehr für das Kontingentjahr 1930/31 (1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931) die Zahl der auszugebenden Berechtigungsscheine auf 210 festgesetzt. Hiervon gelangen 160 Berechtigungsscheine zur Verteilung an die berechtigten Verleiher. Die restlichen 50 werden an solche deutschen Firmen verteilt, welche nachweisen, daß sie deutsche Filme ins Ausland verkauft haben und daß diese Filme dort angemessen zur öffentlichen Vorführung gebracht sind. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung behält sich auch vor, besondere Bestimmungen für die Einfuhr von Ton- und Sprechfilmen jederzeit zu treffen.



Für die Gesundheit!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 16a. Tel. L. 6200 v. 8200-61



## Wolfgang Mejer: 1000 Jahre Parlament Zur Jubelfeier des Isländischen Althings

In diesen Tagen erging an die Parlamentarier aller Länder die Einladung zur Teilnahme an einem geschichtlich und politisch gleich merkwürdigen Jubiläum: Zur Tausendjahrfeier des isländischen „Althings“, des ältesten bestehenden Parlaments der Erde. Die Festlichkeiten werden vom 26. bis 28. Juli 1930 im Thing-Lale (Thingvellir), der Versammlungsstätte der isländischen Volksvertretung in aller Zeit, abgehalten werden und ihren Höhepunkt in einer getreuen Darstellung der ersten Althingtagung des Jahres 930 n. Chr. finden. Nach den Hauptfestlichkeiten sollen kleinere Veranstaltungen, Ausstellungen, Sportwettkämpfe in der Landeshauptstadt Reykjavik das Jubiläum beschließen.

Das Thing-Lale liegt etwa 50 Kilometer nordöstlich von Reykjavik am Ufer des bedeutendsten Binnenmeeres von Island, der nach der Thingstätte den Namen Thingvallavatn trägt. Thingvellir ist eine Landschaft von einer Stunde Breite zwischen zwei gewaltigen Schichten, umschlossen von mächtigen Basaltwänden und erloschenen Vulkanen. Islands vulkanische Natur hat hier eine Szenerie von wilder Schönheit geschaffen. An dieser Stelle trat vom Jahre 930 bis zum Jahre 1797 alljährlich der isländische Reichstag zusammen.

Erst ums Jahr 800 n. Chr., also zur Zeit Karls des Großen, entdeckten irische Mönche das mehr als tausend Kilometer nordwestlich von Norwegen einsam im Westmeere gelegene Island, ein gebirgreiches Inselland etwa von der Größe Süddeutschlands. Bald jagten sich die Jermönche vor heidnischen Wikingern zurück. Von einer wirklichen Besiedlung Islands kann man aber erst reden, als in Norwegen der König Harald Schönhaar eine Militärmonarchie errichtete und von dort politische Flüchtlinge in größerer Anzahl nach dem sicheren Eiland auswanderten. Diese Besiedlung Islands war um das Jahr 930 abgeschlossen. Ein politischer Kopf unter den Ansiedlern, Althing, überzeugte die anderen Kolonisten von der Notwendigkeit einer gesetzgebenden Körperschaft für ganz Island. Als solche wurde das Althing — das für alle geltende Thing (Volksvertretung), im Gegensatz zu den bereits bestehenden örtlichen Things — einberufen. Alle Gemeindegemeinschaften, in „Höfud“ „Göden“ genannt, und alle einigermaßen ansehnlichen Bauern — Söldner gab es noch nicht — waren zum Besuche des Althings verpflichtet. Die Tagung begann alljährlich in der ersten Sommerwoche, d. h. nicht vor dem 18. und nicht nach dem 24. Juni, und dauerte zwei Wochen. Jeder Althingbesucher hatte eine Zahlung (Thingaratap), also eine „Dür“, zu beanspruchen. Andererseits konnte sich ein Thingpflichtiger durch Entrichtung dieser Summe für ein Jahr von der Teilnahme befreien. Diese Maßnahme trug unumwunden zur Sicherung eines genügenden Besuchs bei. Dem Althing lag nicht nur, wie unseren Parlamenten in demokratischen Ländern, die gesetzgeberische Arbeit und die Wahl der obersten Behörde ob, sondern auch die Rechtspflege. Für dieses Richteramt setzte die Volksvertretung fünf Gerichte ein. Für die Gesetzgebung dagegen wählte das Althing einen engeren Ausschuss, die „Lögretta“. Diese stellte die höchste Behörde des isländischen Freistaates dar und hatte auch bald neben der gesetzgebenden Befugnis weitgehende vollziehende Gewalt. Sie umfaßte 144 Mitglieder, davon 61 Stimmberechtigte. Den Vorsitz führte der „Gesetzesprediger“, den ebenfalls das Althing wählte.

Die Befugnisse dieses „Präsidenten“, wie wir den Gesetzesprediger wohl nennen könnten, waren indessen in sehr demokratischer Folgerichtigkeit stark beschränkt. Er hatte den Vorsitz im Althing, war verpflichtet, während seiner dreijährigen Amtszeit das gesamte geltende Landrecht auf den Althingtagungen aus dem Gedächtnis vorzutragen — eine vorzügliche Gewähr für seine Rechtskenntnis — und durfte auch Rechtsgutachten an jedermann abgeben. Von der vollziehenden Gewalt aber, vom Einfluß auf die Gerichtsverhandlungen war er völlig ausgeschlossen! Den alten Isländern erschien der Gedanke, einem einzelnen weitgehende Machtbefugnisse zu übertragen, unvereinbar mit dem Wesen eines freien Staates, einer staatsbürgerlichen Freiheit. Bemerkenswert erscheint auch die Bestimmung, daß in der „Lögretta“ bei Erlaß neuer Gesetze, bei Bewilligung von Steuern und Erteilung von Privilegien Einstimmigkeit erforderlich war. Bei Geldstrafe war jedes stimmberechtigte Mitglied verpflichtet, seine Stimme für oder gegen den Antrag abzugeben. Die Leistungen der isländischen, republikanischen Gesetzgebung müssen uns heute noch in Erstaunen setzen. So bildete schon vor tausend Jahren jede Gemeinde eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit gegen Feuer- und Diebstahlverlust. Und um dieselbe Zeit kennt Island bereits eine Armenfürsorge.

Obwohl nun Verfassung und Gesetzgebung des isländischen Freistaates von erstaunlich folgerichtigem demokratischen und in mancher Hinsicht auch sozialem Geiste erfüllt waren, obwohl sie die Vereinigung politischer Machtmittel in einer Hand peinlich vermeiden, verhinderten sie doch nicht das Aufkommen wirtschaftlichen Uebergewichtes einzelner Familien. Daß diese Geschlechter dann auch auf die politischen Geschicke des Insellandes entscheidenden Einfluß ausüben konnten, war eine notwendige Folge der Entwicklung. Im 13. Jahrhundert sehen wir dann den heftigen Kampf solcher mächtig gewordenen Familien um die Vorherrschaft. Diese Streitigkeiten geben dem Normer-König Gelegenheit, sich erst als Schlichter in die inneren Verhältnisse des Freistaates einzumischen. Schließlich gelang es dem Könige Norwegens, unterstützt durch Verrot einzelner Patriargergeschlechter — denen mehr an ihrem Vorteile als am „vaterländischen Gedanken“ lag — Island unter seine Oberhoheit zu bringen. Das war das Ende der isländischen Republik im Jahre 1264.

In den inneren Einrichtungen Islands änderte sich zunächst wenig. Das Althing bestand weiter. Es erfuhr jedoch bald eine grundlegende Wandlung: An Stelle der Volksvertreter traten von den königlichen Landräten berufene Parlamentarier, und die Lögretta, die oberste Behörde, setzte sich nun ebenfalls aus ernannten Mitgliedern zusammen. Der Einfluß des Althings ging immer mehr zurück, namentlich nachdem der norwegische Thron und damit die Herrschaft über Island im Jahre 1380 an die Krone von Dänemark gekommen waren. Immerhin hielt das Althing bis zum Ende des 18. Jahrhunderts regelmäßig seine Sitzungen ab und übte immer noch eine gewisse gesetzgebende und richterliche Gewalt aus. Infolgedessen kam die Staatsform des absoluten Königtums, die im 17. Jahrhundert auch für Island als geltend erklärt wurde, hier nicht zur eigentlichen Durchführung. Die Monarchie war für Island in erster Linie wirtschaftlich verhängnisvoll durch das Handelsmonopol.

Die dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die Zeit des Erwachens der Freiheitsidee in Europa, sehen auch

in Island lebhaftest Verfassungskämpfe. Nicht mit Säbel und Gewehr, sondern mit geistigen Waffen werden sie hier ausgefochten. Der Erfolg ist darum nicht geringer. Im Jahre 1843 wird das Althing nach fast fünfzigjähriger Pause wieder einberufen, und zwar wieder als gewählte Volksvertretung — wenn auch nur als beratende Versammlung. Ratsilich konnte man dieses moderne Parlament nicht mehr gut im Freien auf der alten Thingstätte tagen lassen. Sein Sitz wurde aus praktischen Gründen die Landeshauptstadt Reykjavik. Im Jahre 1874 endlich erhielt das Althing wieder seine alte Stellung als beschließende Volksvertretung — Island wurde ein parlamentarisch registrierter, souveräner Staat in Personalunion mit Dänemark. Gewisse noch bestehende Bindungen an Dänemark fielen im Jahre 1918 durch die Bundesakte zwischen Dänemark und Island, in dem Island auch von Dänemark als selbständiger Staat anerkannt wurde. Nach diesem Staatsvertrage ist der König von Dänemark zugleich König von Island. Er bezieht das für einen König innewerth sehr bescheidene Gehalt von 60000 Kronen im Jahre. Die eigentliche Regierungsgewalt liegt beim Parlament — beim „Althing“. Das Kabinett besteht aus drei Ministern: dem Ministerpräsidenten, der gleichzeitig Justiz und Kultus betreut, dem Minister für Industrie und dem Handelsminister. Einen Kriegsminister gibt es nicht, denn Island hat kein Heer. Schon zur Zeit der Normer-Könige und der dänischen Herrschaft lebten die Isländer einer besonderen Stolz in ihr Vorrecht, daß sie nicht zum Kriegsdienste verpflichtet waren. Im Jahre 1943 löst der Staatsvertrag ab. Da Island dann seine gegenwärtige Verfassung mit dem Könige — der also sozusagen auf Zeit angestellt ist — beibehalten oder sich zur Republik erklären wird, steht natürlich noch nicht fest.

## P. Romanow: Angst vor Geistesstern

Am Rande des Dorfes, nicht weit vom Friedhof, stand eine alte verlassene Hütte, deren Fensterkreuze herausgehoben waren. Vor der Tür saßen zwei Bauern in Pelzen, rauchten ihre Pfeifen und unterhielten sich leise miteinander. Neben ihnen lagen zwei große, dicke Krüge, wie sie die Hirten für die Nachweide brauchen. Sie hielten Leidenwache: in der Hütte hing die Leiche eines Selbstmörders.

„Das unangenehmste Geschäft ist das, bei einem Toten zu sitzen“, sagte der eine von den beiden, ein kleiner Bauer in einer großen zottigen Pelzmütze. Sein Kamerad, ein großer Mann mit einer Stoffkappe, schweigend zuhört, dann meinte er unwillig: „Dafür ist es ruhiger, so einer rennt dir wenigstens nicht davon.“

„Dauernemmen nicht, aber...“ er sah sich um und beendete den Satz nicht. Ein kalter Herbstabend senkte sich herab. Vom Dorfe her hörte man Lachen und Musik; es war Feiertag und alles war noch auf den Beinen.

„Wenigstens die Leute hört man, ist's einem doch leichter“, sagte der Kleine. „Voriges Jahr zum Beispiel hat sich der Müller im See ertränkt, heute noch, wenn ich an der Stelle vorbeigehe, ganz grußlich wird es mir dabei zumut.“

„Der wird dich doch nicht auffressen“, antwortete der andere.

„Ich weiß selbst“, sagte der Kleine fort, „daß die Toten nicht herumgehen können und einem nichts antun. Aber Angst habe ich trotzdem.“ Zum Beispiel der da“, er zeigte auf die Tür, „seit ich gesehen habe, wie er dort hängt — die Augen sind ihm herausgetreten, das Gesicht ganz blau — seitdem fürchte ich mich sogar, zu Hause vor die Tür zu gehen. Gestern mußte ich die Schwägerin begleiten. Direkt schämte man sich. Wenn's nicht Pflicht wäre, um keinen Preis würde ich mich dahersetzen.“

Der rote Streifen am Horizont verschwand, es wurde sofort dunkler und kälter. Ein Windstoß fuhr durch die Zweige der krummen Fichte neben der Hütte und ließ sie rauschen.

„Jetzt kommt noch der Wind dazu“, sagte wieder der Bauer mit der Pelzmütze. „Es gibt nichts Kergeres als diese Fichten! Immer rauschen sie so schaurig.“

„Was redest du denn immer das Gleiche?“ fragte zornig der Lange. „Nur Angst kriegt man von dem dummen Geredel!“

Der Kleine schweigend, blickte sich noch einmal ängstlich um und sagte dann: „Die Tür hätte man schon zuriegeln können oder wenigstens einen Stock anlehnen.“

„Was soll denn passieren?“

„Weiß Gott, was alles vorkommen kann! Hätte ich das früher bedacht, wäre ich lieber in die Stadt fortgegangen.“

Plötzlich schwiegen beide.

„Was war das, hast du was gehört?“

„Was war es denn?“

„Vielleicht der Wind.“

Einem Augenblick später dreht sich beide entsezt zur Hütte. Man hörte ganz deutlich ein dumpfes Geräusch, als ob jemand beim Fenster hinein- oder heraussteigen wollte. Die Bauern blästen einander an und sagten nichts, dann nahmen sie ihre Stöcke und legten sich etwas weiter von der Hütte weg. Eine Zeitlang blieb alles ruhig. Plötzlich vernahm man einen Seufzer, wie wenn ein müder Mensch sich niederlegt und die freigeswordenen Glieder ausstreckt.

Beide spürten, wie sich ihnen das Haar auf dem Kopf sträubte.

„Das macht alles diese Fichte, der Teufel soll sie holen!“

Als es noch kaum zu dunkeln begann, trat ein schlumpfer Mann von sehr großem Wuchs mit langem ungepflegten Haar auf die Straße, die am Friedhof vorbeiführt.

Er sah einige Zeit am Strahlenrand, wartete bis es ganz dunkel wurde und schlich sich dann zu der leeren Hütte. Vor dem ausgebrochenen Fenster blieb er stehen und wollte hineinsehen; aber es war ihm um das Zündholz leid, und so schlüpfte er in die Dunkelheit.

Lastend entdeckte er etwas Beizähnlisches, legte sich darauf und begann schon einzuschlafen, als er plötzlich eine Stimme hörte. Er riß die Augen weit auf und lautete gespannt. Jemandem von oben her hörte man ein ununterbrochenes Rauschen, dessen Ursache er aber nicht herausbekommen konnte. Sanft war alles ruhig. Er legte sich wieder auf den Rücken und schloß die Augen; dann streckte

## Die deutsche Chemie und der Krackprozeß

Obwohl in Deutschland nach zwei Verfahren Betriebsstoffe für die Automotoren künstlich hergestellt werden, vermag die chemische Industrie doch immerhin erst ein Viertel des Gesamtbedarfs an leicht siedenden Kraftstoffen durch die Herstellung von Benzol zu decken. Die übrigen 75 Proz. des Bedarfs an leichten Motorbetriebsstoffen werden noch immer durch die Einfuhr amerikanischer Erdölbenzins bestritten. Berücksichtigt man, daß Deutschland trotzdem in der Herstellung von Benzinersatzstoffen unter allen Kulturländern an erster Stelle steht, daß also das Benzin aus Erdöl noch recht eigentlich den Weltkronstoff darstellt, so wird man verstehen, daß einer besonders vorteilhaften Erdölauswertung hohe Bedeutung zukommt. Es handelt sich dabei nämlich darum, auch die Bestandteile des Erdöls mit höherem Siedepunkt noch in leichter siedende Stoffe zu verwandeln, wie sie die Automotoren erfordern, schwere Öle also in die Form überzuführen, die das Benzin zu dem begehrtesten Anteil des Erdöls gemacht hat.

Das erforderliche „Zerschlagen“ der schweren Öle in leichtere geschieht im Krackprozeß (vom englischen crack = Sprengen), der in Deutschland noch wenig bekannt ist. Er ermöglicht, aus einer bestimmten Menge Erdöl, verglichen mit früheren Verfahren, ein anderthalbmal so großes Quantum Benzin zu gewinnen, so daß bis zu 50 Gewichtsprozent des Rohöls zu Benzin destilliert werden können. Bei dem Krackprozeß nach Crak, bei dem der Kohstoff flüchtig bleibt, wird das Erdöl unter einem Druck von 40 bis 55 Atmosphären in einer Reaktionskammer aus Stahl auf etwa 400 Grad Celsius, die Kracktemperatur, gebracht, wo sich ohne weitere Wärmezufuhr die Spaltungsorgänge vollziehen. Die Hauptschwierigkeit dabei ist, die Bildung von Kohle zu verhindern. Heute werden in den Vereinigten Staaten durch Krackung jährlich mehr als 100 Millionen Kubikmeter Benzin hergestellt. Der Wert der Einlagen dieser Betriebe wird mit 275 Millionen Dollar angegeben. Die Entwicklung des Verfahrens wurde allerdings von einem Verfallsprozess von allein schon 40 Millionen Dollar (!) getragen.

er die Füße aus und seufzte laut. Sein Fuß stieß auf einen Gegenstand, der dem Druck nach gab; dann schlug etwas gegen seinen Fuß.

Der Mann lief es kalt über den Rücken. Er streckte das Bein noch einmal aus und im nächsten Augenblick trat sein Fuß wieder das unbekannte Ding. Er holte die Schachtel hervor und steckte ein Zündholz mit zitternden Händen an. Zuerst sah er ein Paar Stiefel, die an der Wand hingen. Er hob den Kopf und plötzlich — nicht mit einem Schrei, sondern mit wildem Aufheulen — stürzte er dorthin, wo er die Tür vermutete.

Die Tür flog auf, und er sprang in einem Satz heraus. Die Haare standen ihm zu Berge. Es schien ihm, als schreie nicht er, sondern jener dort, der vorhin an der Wand hing und jetzt ihm auf den Fersen ist.

In dem Augenblick, wo er herausstürzte, erhoben sich, wie aus dem Boden gewachsen, noch zwei schreckliche Wesen, ein großes und ein kleines, mit flatternden Haaren und rasten davon, fürchterlich heulend.

Der Mensch lächelte noch einmal auf, warf sich auf die Seite und hochte sich plötzlich auf die Erde. Seine Kiefer schlugen aufeinander, und die Augen starrten weit aufgerissen in die Ferne.

Und plötzlich sah er, was er erwartete. Von dort, wohin die Gespenster früher entflohen waren, hörte man laute Stimmen, als ob eine ganze Horde von ihnen im Anzug wäre.

Er wollte laufen, aber, wie es sonst nur im Traum vorkommt, verlagerten seine Glieder. Er wußte, daß er verloren sei. Noch einen Augenblick, und sie werden ihn gefunden haben.

Er hörte die an ihn gerichteten Worte, verstand sie auch, konnte aber, wieder im Traum, keinen Laut von sich geben. Und er wußte, daß es keine Rettung mehr gebe.

„Was ist denn los?“ schrien die Menschen. „Der Erhängte ist abgerissen... Da ist er, da ist er...“

Die Menschen stürzten zurück.

„Ein Osterel muß man hinwerfen... Kocht einen Kreis um ihn herum... den Kreis...! Stroh legen...! Anzünden...!“ riefen Stimmen von allen Seiten.

„Haut ihn mit dem Stock, wenn das der Teufel ist, prallt der Stock zurück.“

„Seht ihr es nicht, das ist ja ein Mensch“, rief eine Stimme. „Geh nur von rückwärts los, also rasch...! Wort, vielliebt ist es doch ein Mensch...! Steht denn nicht, die Hüttentür ist offen, das soll ein Mensch sein...! Ohne Osterel ist nichts zu machen...! Wer bist du, also red...!“

Der Mann konnte sich nicht zwingen, den Mund zu öffnen. Der Strohhäuser, von irgend einem angezündet, warf einen roten Schein auf seine hochende Gestalt.

„Also von rückwärts heran... Nur keine Angst... Schlag zu...! Auf den Kopf...!“

Der Mann hörte es und blieb doch regungslos. Unterdessen ging ein großer Bauer mit einem Stock in der Hand langsam auf ihn zu.

„Wenn das „er“ ist, springt der Stock ab“, sagte eine Stimme. Der Bauer schlich noch zwei Schritte näher. In starrer Erwartung sahen die Menschen, wie der schwere Stock sich hob.

Im nächsten Augenblick hörte man einen dumpfen Schlag, wie wenn ein Topf mit Rohm zu Boden fällt. Der hochende Mensch fiel vornüber.

„Bar doch ein Mensch!“ rief mit einem Befreiungsseufzer die Menge. (Aus dem Russischen überf. von Alexander Gerckenkon.)

Das Licht, das die Sterne zur Erde entenden, ist äußerst unbedeutend. So hat man festgestellt, daß die Lichtmenge, die der strahlende Uranus entendet, nur ein Hundertmillionstel der Lichtmenge ausmacht, die unsere Augen von einem gewöhnlichen Sternlicht empfangt, wenn sich dieses in 1 Meter Abstand befindet.

Nur 50 Prozent der Menschen können lesen. Das Erziehungsbüro der Vereinigten Staaten veröffentlicht eine Bildungstabelle, die sich auf 62 Länder mit im ganzen mehr als 1 Milliarde Einwohner erstreckt. Von dieser Bevölkerung, soweit sie das 10. Jahr überschritten hat, sind fast 50 Prozent ohne Schulbildung. Der Prozentsatz der Analphabeten unter den Bewohnern der ganzen Erde wird auf 62 berechnet.

# Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 8. 2  
**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 10-11 U. M. No. 6  
 Jahres-Ab.-T. No. 34  
 19 1/2 Uhr  
**Maskenball**  
 Ende geg. 22 1/2 U.

Mittwoch, 8. 2  
**Stadt. Oper**  
 Bismarckstr.  
 Turnus IV  
 20 Uhr  
**Tosca**  
 Ende 22 1/2 Uhr.

Mittwoch, 8. 2  
**Staats-Oper**  
 An Platz der Republik  
 Vorst. 22  
 19 1/2 Uhr  
**Die Fledermaus!**  
 Ende geg. 22 1/2 U.

Mittwoch, 8. 2  
**Staatl. Schauspiel**  
 am Gendarmenmarkt  
 St. R. 2 Mi. No. 5  
 Jahres-Ab.-T. No. 31  
 20 Uhr  
**Oedipus**  
 Ende 22 Uhr.

Mittwoch, 8. 2  
**Staatl. Schiller-Theater, Charlitbg.**  
 20 Uhr  
**So und so, so geht der Wind**  
 Ende 22 Uhr

**Winter Garten**  
 8.15 Uhr zentr. 2016 Banden erleben  
 Carl-Familie, Jung-China, 2 Elliot's,  
 Marika Röck, 9 Allison (12.19, 12.19).

**Theater d. Westens**  
 Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Hotel Stadt Lemberg**  
 Musik von Gilbert  
 Käthe Dorsch  
 Leo Schützendorf

**Volksbühne**  
 Theater am Bülowplatz  
 8 Uhr  
 Uraufführung  
**Apollo, Brunnenstraße**  
 Volksstück von Großmann  
 und Hesse  
 Musik: Theo Macken  
 Regie: Jürgen Föllmig

**Staatl. Schiller-Th.**  
 8 Uhr  
**So und so, so geht der Wind**  
 Theater am Schillerplatz  
 8 1/2 Uhr  
**Die Gartenlaube**

**Staatsober**  
 Am Pl. d. Republik  
 7 1/2 Uhr  
**Die Fledermaus**

**Deutsches Theater**  
 O. L. Norden 12.310  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Der Kaiser v. Amerika**  
 von Bernard Shaw  
 Regie: Max Reinhardt

**Kammerspiele**  
 O. L. Norden 12.310  
 8 Uhr  
**Der Kandidat**  
 von Carl Sternheim  
 Regie: Hans Hoyer

**Die Komödie**  
 J1 Bismck. 2414/2516  
 8 1/2 Uhr  
**Victoria**  
 von S. Maugham  
 Regie: Max Reinhardt  
 Musik: Mischa Spoliansky

**Komische Oper**  
 Friedrichstr. 104,  
 Merkur 1401/4330,  
 Allabendlich 8 1/2 U.  
**Hulla di Bulla**  
 Libretto von Arnold und Bach  
 Musik von Richard Strauss

**Lustspielhaus**  
 Friedrichstr. 236,  
 Bergmann 2922/23,  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Liebe auf den zweiten Blick**

**Metropol-Th.**  
 8 1/2 Uhr  
**Das Land des Lächelns**  
 Vera Schwarz,  
 Richard Tauber  
 Musik von Franz Lehár

**SCALA**  
 Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. Barbarossa 0250  
 Pr. 1-6 M. Wechentg. 5 U. 50 Pf. - 3 M.  
 Con Colleano, 4 Bronetas  
 und weitere zum 1. Male in Europa  
 gezeigte Spitzenleistungen

**PLAZA** Tägl. 5 u. 8 1/2  
 Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2  
 Alex. 8066  
**INTERNAT. VARIÉTÉ**

Direktion: Dr. Martin Zickel  
**Komische Oper**  
 Friedrichstr. 104, Merkur 1401/4330,  
 Nachvollständigem Umbau  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Hulla di Bulla**  
 Schwank von Arnold und Bach  
 mit Guido Thieler, Horst  
 Schulz, Schräth, Gurg, Hübner, Walter  
 Rabs, Flink, Behmer, Wenzel

**Lustspielhaus** 8 1/2  
 Friedrichstr. 236, Bergmann 2922/23,  
**Liebe auf den zweiten Blick.**  
 Riemann - Haack.  
 Vorverkauf in beiden Häusern ab  
 10 Uhr ununterbrochen.

**GROSSES SCHAUSPIELHAUS**  
 8 Uhr  
**3 Musketiere**  
 Regie: ERIK CHARELL  
 3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr  
 Lothinger Straße 87.  
**Der Sensations-Schlager!**  
**Seine Hohheit der Bettler**  
 und ein exkll. buntes Programm!  
 Für unsere Leser!  
 Gutschein für 1-4 Personen  
 Fauteuil nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.,  
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

**Trianon-Theater**  
 Georgenstr. 9  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Totentanz**  
 von Strindberg

**Operettenhaus**  
 Alte Jakobstr. 20/32  
 (Zentral-Theater)  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Soldat der Marie**

**Th. a. Hollendorferplatz**  
 Vorik. 10-2. Nr. 2099  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Menschen im Hotel**  
 von Vicki Baum.  
 Regie: Gustaf Gründgens.  
 Sybille Binder, Margarete Knopke, Knop,  
 Hartwe, S. Ste. n. ed.,  
 v. Holmar

**Barnowsky - Bühnen**  
 Theater in der  
 Königsplatz Straße  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Professor Bernhardt**  
 von Arthur Schnitzler  
 Regie: Viktor Barnowsky

**Komödienhaus**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Lügner und die Nonne**  
 von Curt Geck

**Gasparone**  
 Operette von Millöcker  
 jeden Wochentag 8.15, Sonntag 9 Uhr.  
 Neueinführung ab 1. Februar:  
 Jeden Sonnabend 11.30 Uhr  
**NACHTVORSTELLUNG.**  
 8.15, 8.15  
**„Czardasfürstin“**  
 Sonnabend 5 und Sonntag 2 1/2 Uhr  
**„Aschenbrödel“**  
 Das Theater der niedrigen Preise:  
 I. Mittelrang 0,80, I. Rangbalkon u.  
 I. Parkett 1,30, Orchesterinsel 2,50,  
 Programm u. Garderobe je 0,25 M.  
 (Kein Zwang)

**Rose-Theater**  
 Gr. Frankfurter Str. 132.  
 Billettkasse: Alex. 3121-3194.

**Theater I. d. Behrenstr. 53-54**  
 A 4 Zentrum 926-927  
 Direktion Ralph Arthur Roberts  
 8 1/2 Uhr  
**„Vater sein, dagegen sehr“**  
 Sonntag auch nachm. 4 Uhr (halbe Pr.)

**Kleines Theat.**  
 Merkur 1824  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Der Walzer von heute Nacht!**  
 Max Adalbert,  
 Erika Gläser,  
 Hilde Wörner,  
 Hermann-Schäufuß

**Lessing-Theater**  
 Norden 10846  
 Täglich 8 Uhr  
**Affäre Dreyfus**  
 von Rehfisch und Herzog

**Reichshallen-Theater**  
 Abends 8 Sonntag nachm. 2  
**Stettiner-Sänger**  
 mit dem wundervollen Programm!  
 Nachmittags 3 Uhr, 5 Uhr, 7 Uhr  
 Tel. Zentrum 11261.  
 Eintrittspreise 60 Pf. - 3 M.  
**Odenhoff-Brett!**  
 Das beliebte Familien-Variété.  
 10 große Nummern! Konzert - Tanz!

**NEUE WELT**  
 U-Bahn Hermannplatz Arnold Scholt Rosenbride 108.14  
**Großes Bockbierfest**  
 7 Kapellen. — Neue Bekantionen. — 50 heilige Maße.  
 Donnerstags:  
**Gr. Schweineschlachten**  
 Einlad: Wochentags 6 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

**Innungstrantentaffe**  
 der Tischler-Innung zu Berlin  
**Bekanntmachung.**  
 Der am 16. Dezember 1929 vom Ratmannd-  
 schub beschlossene 2. Beitrag zur Zahlung  
 der Innungstrantentaffe der Tischler-  
 Innung zu Berlin ist am 26. Januar 1930  
 vom Oberverwaltungsamt Berlin genehmigt  
 worden.  
 Die Ratenbeiträge betragen gemäß § 29  
 Abs. 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1930  
 beinahe 9% vom Hundert des in § 10 der  
 Satzung festgelegten Grundbühnen. Grund-  
 stücke der 2. Sogungsänderung sind im  
 Vorst der nächsten Woche im Ratienhof  
 unentgeltlich zu haben.  
**Der Vorstand.**  
 Ernst Reilmig, Vorsitzender.

**Der Tod sitzt im Darm**  
 und der „Tägliche Bonbon“ hergestellt  
 aus nur allerbesten, giftfreien Naturkräutern ist sein  
**erfolgreichster Bekämpfer**  
 und bei stets gleichbleibender, absolut unschädlicher  
 Wirkung das beste naturgemäße Mittel gegen  
**Magen- und Darmleiden,**  
 Verdauungsbeschwerden, Hämorrhoidalleiden. Als bestes Blutreinigungsmittel  
 der Gegenwart angewandt mit den besten Erfolgen bei Blasen-, Nieren-, Drüsen-,  
 Leber- u. Gallenleiden. Unvergleichlich gut gegen Frauenkrankheiten, Flechten,  
 Hautausschlag, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Nervenkrankheiten, Krankheiten  
 des Gehirns, der Lunge und Zuckerkrankheit; denn die wundervolle Reinigung  
 des Darms und des Blutes durch giftfreie, beste Naturkräuter ist der kürzeste  
 Weg zur Gesundheit und der energischste Bekämpfer aller oben genann-  
 ten Krankheiten. „Der tägliche Bonbon“ ist der tägliche Freund der Gesundheit und  
 unentbehrlich für die Jugend und das Alter. (Feinsten Schokoladengeschmack.)  
 — Der Erfolg ist verbüffend! —  
 Versand gegen Nachnahme (RM. 3,50), ausreichend für einen vollen Monat,  
 durch die Versandapotheke.  
**„Colotto“, Hamburg (A 109), Hermannstr. 16**

**Männer! Neue Kraft!**  
 Okasa (nach Geheimrat Dr. med. Lahusen) ist und bleibt das unüber-  
 troffene hochwertige Sexual-Kräftigungsmittel. Tausende freiwillige  
 n-ariell beglaubigte Anerkennungen von Aerzten und Verbrauchern.  
 Verlangen Sie kostenlos die wissenschaftl. hochinteressante Broschüre  
 gegen 50 Pfg. Doppelbriefporto in verschlossenem Doppelbrief, streng  
 Säkret ohne Absender durch **Hausapotheke Berlin W. 61,**  
**Friedrichstr. 100.** Unverlangte Nachnahmen kennen wir prinzipiell  
 nicht! Originalpackung 5,50 Mark. Zu haben in allen Apotheken. Die  
 wirksam. Hauptbestandteile von „Okasa“ werden nach einer Methode,  
 welche durch das **Deutsche Reichspatent No. 471 793**  
 geschützt ist, hergestellt. Für jeden, der Okasa noch nicht kennt  
 oder jeden Zweifler, senden wir nochmals  
**50 000 Probepackungen umsonst**  
 Die Probepackung gegen wir der verschlossenen Broschüren-Doppelbrief-Sendung bei.

**WEISSE WOCHEN**  
 Erhöhte Leistungsfähigkeit durch eigene  
 Spinnereien und Webereien sowie  
 Wäsche-, Gardinen- u. Spitzenfabrikation

Mengenabgabe vorbehalten. Kein Verkauf an Wiederverkäufer

<b>Hemdentuch</b> 80 cm breit, starkfädige Qua- litäten, . . . . . m 0,58, 0,46 <b>28 Pf.</b>	<b>Nessel</b> einfach breit, kräftige Gebrauchs- ware . . . . . m 0,44, 0,38 <b>24 Pf.</b>
<b>BAUMWOLLWAREN</b> <b>Wischtücher</b> rein Lein., Gr. 55/75 65 Pf., 55/55 50 Pf. . . . . <b>30 Pf.</b> <b>Handtücher</b> 45/100 grau Dreif., ab- geg. gas. u. geb. Stck. Jacquard 46/100 voll gebl. gute Qual. Stck. <b>Handtücher</b> . . . . . <b>62 Pf.</b> <b>Kissen</b> volle Größe mit Klöppelinsatz, gute Ware . . . . . <b>88 Pf.</b> <b>Dowlas</b> bewährte Qual. f. Bettwäsche 150 cm breit Mtr. 1,60, 1,38, 140 cm breit . . . . . Mtr. 1,25, 1,15, 1,05 <b>Nessel</b> erprobte Gebrauchsqualität, 140 cm breit Mtr. 85 Pf., 65 Pf., 130 cm breit . . . . . Mtr. 78 Pf., 68 Pf. <b>Tischtücher</b> gebil. 110/150 Jacquard 1,85, Dreif. . . . . <b>185</b> <b>Künstlerdecken</b> farbig bedr. 130/155 2,75 . . . . . 130/130 <b>Garnituren</b> Linen, ein Deckbett 130/200 zwei Kissen volle Größe . . . . . Stk. 9,25, 7,35 <b>475</b>	<b>DAMEN WÄSCHE</b> <b>Trägerhemden</b> aus gutem Wäschestoff mit schöner Garnitur . . . . . 1,75, 1,75 <b>95 Pf.</b> <b>Trägerhemden</b> reich garniert mit Valenciennes und Stidärel . . . . . 2,95, 2,45 <b>185</b> <b>Jumpertailen</b> mit Stidärel 1,35, 1,- <b>75 Pf.</b> <b>Nachthemden</b> Bubiform oder mit reicher Stidärel-Garnitur . . . . . 3,50, 2,75 <b>175</b> <b>Hemd hose</b> aus gutem Wäschestoff mit Stidärel 2,95, 1,95 <b>100</b> <b>Prinze Brock</b> aus gut. Wäschestoff in verschiedener Ausführung . . . . . 3,50, 2,75 <b>175</b> <b>Pyjama</b> feuche Formen 6,95, 5,95 <b>385</b> <b>Unterkleid</b> Charmeuse m. Spitzen- Galon . . . . . <b>575</b> <b>Complet</b> Charmeuse mit Spitzen-Gal. <b>Schlüpfer</b> Charmeuse . . . . . <b>285</b>
<b>HANDARBEITEN</b> <b>Kaffeewärmer</b> dreifällig, vorge- zeichnet, 0,95 <b>Mittendecken</b> oval, vorgezeich- net . . . . . 0,95 <b>60 Pf.</b> <b>Kissen</b> 40x60 cm, vorgezeichnet 1,15 130x160 cm mit Kissen- sack, Halbb. vorge- <b>Tischdecken</b> handgestickt, m. Füllung . . . . . <b>550</b> <b>Kaffeewärmer</b> . . . . . <b>550</b>	<b>TRIKOTAGEN</b> <b>Damenhemdchen</b> 48 Pf. <b>Unterziehschlüpfer</b> fein gerippt . . . . . <b>45 Pf.</b> <b>Schlupfhosen</b> f. Damen m. wun- derb. Futter 1,30, <b>Damenstrümpfe</b> Kattun- und Bernergelbe und K-Seide plattiert . . . . . <b>175</b>
<b>Frottierhandtücher</b> griffige Qualität ca. 46/100 95, 78, 45, 95 <b>58 Pf.</b> <b>Kinderbadelaken</b> 100x100 gut. Qual., waschicht, kariert 1,95 <b>175</b>	<b>Damentaschentücher</b> m. Buchstaben, Batist wunderv. Qual., 6 St. 145 x 180, extra <b>Badelaken</b> schwere Ware, Jacquard, moderne Muster . . . . . <b>475</b>

**GARDINEN SEIDEN-KLEIDERSTOFFE**

<b>Florentiner Tüll</b> voll und mod. gemulert, feinste Qualität, 150 cm breit, Mtr. <b>Schweizer Voll-Voile</b> mit breiten Saumstreifen, 150 cm breit Mtr. <b>Halbstore</b> vier Gitterlamelle m. v. Mtr. Seidenstreifen und Seidenfranse, 245 cm hoch . . . . . Mtr. <b>Gittertüll</b> in verschiedenen Mustern 300 cm breit Mtr. 4,00, 150 cm breit Mtr. <b>Dekorationsstoff</b> halbfarbig, 130 cm Mtr. <b>Gardinen</b> Meterware, ca. 130 cm br., weiche Reliefqualität . . . . . Mtr. <b>Spannstoff</b> in vielen mod. Mustern, ca. 130 cm breit . . . . . Mtr. <b>Etamine</b> m. bunt. Streifen u. Kante Mtr. <b>Gardinen-Nessel</b> bunt gestreift, 80 cm breit . . . . . Mtr. <b>30 Pf.</b>	<b>Kunstseide</b> ca. 130 cm breit, für Blusen, Kleider und Dekorationsstoffe, fabelhaft preiswert . . . . . Mtr. <b>180</b> <b>Milanese</b> gestreift, ca. 140 cm breit, engemacht, Ware in neuen Streifen-Bindungen, weiß u. neueste Wäsche- farben . . . . . Mtr. <b>375</b> <b>Crêpe de Chine</b> ca. 100 cm br., Kleiderqual., weiß u. mod. Farb-Sortiment Mtr. <b>Crêpe Georgette</b> ca. 100 cm breit, reine Seide, weiß und neueste Modefarben . . . . . Mtr. <b>450</b> <b>Seidenbatist</b> weiß . . . . . Mtr. <b>58 Pf.</b> <b>Voll-Voile</b> weiß, doppeltbreit Mtr. <b>85 Pf.</b> <b>Woll-Crêpe de Chine</b> reine Wolle, ca. 100 cm breit . . . . . Mtr. <b>235</b> <b>Crêpe Caid</b> elfenbein, ca. 130 cm breit, reine Wolle Mtr. <b>285</b>
--	---

**MODEWAREN WOLLWAREN**

<b>Schals</b> weiß, Crêpe de Chine, schwarze Qualität . . . . . 3,45, 2,65, <b>195</b> <b>Cachenez</b> weiß, in großer Aus- wahl . . . . . 3,90, 2,75, <b>175</b> <b>Kragen</b> Neueste Faschenform, z. T. mit Beffchen . . . . . 1,45 <b>95 Pf.</b>	<b>Pullover</b> für Damen, Original Wien, ohne Arm- bündchen, 3,75, 2,45, <b>175</b> <b>Strickkleider</b> Original Wien, reine Wolle, moderne Farben, mit Russenkragen . . . . . <b>1480</b> <b>Blusenmacher</b> reine Wolle, 2,95, 1,95, <b>175</b>
---	---

**SPITZEN HERRENWÄSCHE**

<b>Wäschespitzen</b> elegant. Muster 95, 75, 40, 20, <b>10 Pf.</b> <b>Kissenstreifen</b> in Klöppel mit Inschrift „Schlafe wohl“ und andere, 2 Stück <b>35 Pf.</b>	<b>Oberhemden</b> mit gut. Popeline- Einsätzen . . . . . 3,25 <b>250</b> <b>Nachthemden</b> Kragen- oder Geishaform, mit Tasche . . . . . <b>285</b>
---	---

**Trägerhemd**  
farbig Batist mit Valenciennes-  
Galon . . . . . **185**

**Umlegekragen**  
Macco vierfach, verschiedene  
Farben . . . . . Stück **38 Pf.**

Im Verkaufskeller Original Japanisches Teehaus  
**KARSTADT**  
 UBAHNHOF HERMANNPLATZ DER KARSTADTBHÄHNHÖF